

Mittelstands Magazin

www.mit-magazin.de

G 1480

3
2016

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

POLITIK

Fünf Wahlen
in diesem Jahr

IT

Wann kommt
die Notfall-App?

SERVICE

Dienstwagen
und Fahrtenbuch

INTERNET DER DINGE UND INDUSTRIE 4.0

DATEN
sind die neue Währung



ITALIEN: GOLF VON NEAPEL

8 Reisetage ab **1495 €**

1. Tag: Vormittags Flug von Frankfurt nach Neapel. Transfer nach Sorrent. 7 ÜN in Sorrent. **2. Tag:** Am Forum wurde einst Politik gemacht – in den Wein-schenken, den Thermenanlagen, im Amphitheater herrschte eine Freizeitkultur, die im heutigen „mezzogiorno“ ihresgleichen sucht. In der Villa Oplontis entdecken Sie prächtige Fresken und schwelgen in den Darstellungen des ausschweifenden Lebens der römischen Oberschicht. **3. Tag:** „Die schönste Straße der Welt“ schwingt sich in Serpentina von Positano nach Amalfi. Arabische Elemente im Paradieskreuzgang des Domes künden von der glanzvollen Vergangenheit. Auf steiler Straße fahren Sie vorbei an Zitronenhainen und Weinbergen hinauf nach Ravello. **4. Tag:** Während der Fahrt auf den majestätischen Vesuv schlüpft Ihr Reiseleiter in die Rolle des Geschichtsschreibers Plinius und schildert den dramatischen Ausbruch des Feuerbergs 79 n. Chr. Eine kleine Wanderung (wetterabhängig, 1 Std., leicht) durch die Lavafelder hinauf zum Kraterand wird mit einem großartigen Rundblick belohnt. Nachmittags werden Sie herzlich in einem liebevoll gepflegten Zitronenhain bei Sorrent begrüßt. Fragen Sie nach dem Geheimrezept für Limoncello. **5. Tag:** Fahrt mit dem Bus nach „Bella Napoli“. Im Nationalmuseum zeigt Ihnen Ihr Reiseleiter eindrucksvolle Kostbarkeiten aus den antiken Häusern von Pompeji. Beim Rundgang in der Altstadt erwarten Sie mächtige Paläste, enge Gassen und quirliges Treiben. **6. Tag:** Tag zur freien Verfü-

gung oder Schiffsausflug (gegen Mehrpreis) nach Capri. Mediterrane Blumen und Düfte begleiten Sie dort auf einer Wanderung (leicht, 2 Std.) auf den Monte Tiberio zur Villa Jovis. Nachmittags freie Zeit. **7. Tag:** Die drei perfekt erhaltenen dorischen Tempel von Paestum, vor denen einst den Göttern geopfert wurde, zeugen von technischen Meisterleistungen, wirtschaftlicher Blüte und lebendiger Kultur. Auf einem Landgut erfahren Sie aus erster Hand, warum die Büffel so gerne hier weiden und wie der echte Mozzarella hergestellt wird. **8. Tag:** Vormittags Transfer zum Flughafen von Neapel und Flug nach Frankfurt.

Reisepreis in Euro pro Person

8 Reisetage Termine 2016	DZ	EZ- Zuschlag
25.04. – 02.05.2016	1745	275
09.05. – 16.05.2016	1695	275
16.05. – 23.05.2016	1845	275
30.05. – 06.06.2016	1845	275
06.06. – 13.06.2016	1645	275
13.06. – 20.06.2016	1645	275
20.06. – 27.06.2016	1595	275
26.09. – 03.10.2016	1845	275
03.10. – 10.10.2016	1895	275
10.10. – 17.10.2016	1745	275
17.10. – 24.10.2016	1595	275
24.10. – 31.10.2016	1495	275

Im Reisepreis enthalten

- „Rail & Fly inclusive“ zum/vom deutschen Abflugort in der 1. Klasse von jedem Bahnhof in Deutschland
- Linienflug (Economy) mit Lufthansa von Frankfurt nach Neapel und zurück
- Flug-/Sicherheitsgebühren
- Transfers, Ausflüge und Rundreise mit landesüblichen, klimatisierten Reisebussen
- 7 Übernachtungen mit Frühstücksbuffet im sehr guten 3-Sterne-Hotel
- Unterbringung in Doppelzimmern mit Bad oder Dusche/WC
- Speziell qualifizierte Studiosus-Reiseleitung in Italien
- Willkommensgetränk
- 7x Abendessen
- Besuch auf einem Zitronenhain
- Mozzarellaprobe bei Paestum
- Einsatz des Studiosus-Audiosets
- Übernachtungssteuer
- Eintrittsgelder
- Trinkgelder im Hotel
- Klimaneutrale Bus-/Bahn-/Bootsfahrten durch CO₂-Ausgleich
- Ein Reiseführer pro Buchung

Zusätzlich buchbare Extras

- Ausflug „Capri“ 70 €
- Zimmer mit seitlichem Meerblick 180 € (pro Zimmer)
- Zuschlag 200 € für Anschlussflüge (nach Verfügbarkeit) ab/bis: Berlin, Bremen, Dresden, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, Leipzig, München, Nürnberg, Stuttgart.



Mindestteilnehmerzahl: 15 Personen. Sollte die Mindestteilnehmerzahl nicht erreicht werden, kann der Veranstalter bis spätestens am 21. Tag vor Reisebeginn vom Reisevertrag zurücktreten (Näheres siehe Reisebedingungen) – Deutsche Staatsbürger benötigen einen gültigen Personalausweis oder Reisepass. Impfungen sind nicht vorgeschrieben. – Veranstalter dieser Reise ist die Studiosus Gruppenreisen GmbH, Riesstr. 25, 80992 München. Die Reisebedingungen des Veranstalters sind im Internet unter www.agb-sgr.com druck- und speicherfähig abrufbar – Zahlungen sind nur bei Vorliegen des Sicherungsscheines (wird mit der Reisebestätigung versandt) im Sinne des § 651 k Abs. 3 BGB fällig. Bei Vertragsschluss wird eine Anzahlung von 20% des Reisepreises, maximal jedoch 1000 € pro Person, fällig. Der restliche Reisepreis wird am 20. Tag vor Reiseantritt bzw. spätestens bei Erhalt der Reiseunterlagen fällig – Im Reisepreis sind keine Reiseversicherungen enthalten. Wir empfehlen jedem Teilnehmer den Abschluss der Reiseschutz-Pakete der Allianz Global Assistance, siehe www.agb-sgr.com/versicherung.

ANMELDUNG / RESERVIERUNG

Name, Vorname

Geburtsdatum

Telefon tagsüber (mit Vorwahl)

Straße/Hausnummer

PLZ/Wohnort

Name, Vorname, Geburtsdatum Mitreisende(r)

Gewünschtes bitte eintragen bzw. ankreuzen

Reisetermin:

Doppelzimmer Einzelzimmer ½ Doppelzimmer

Flug ab/bis:

Ausflug „Capri“

Zimmer mit seitlichem Meerblick

Ich melde mich und die aufgeführten Personen **verbindlich** an – die Reisebedingungen liegen mir/uns vor.

Oder

Ich bitte um Reservierung der Leistungen und Übersendung der Reisebedingungen vor Vertragsschluss.

Ort, Datum/Unterschrift

MittelstandsMagazin-Leserreise ITALIEN

Detaillierte Informationen und Buchung:

www.sgr-tours.de/msm

Studiosus
Gruppenreisen



Einfach Coupon senden an:
Studiosus Gruppenreisen GmbH
Postfach 50 06 09, 80976 München



Coupon faxen an:
Fax 089 50060-405



Information/Reservierung/Buchung:
Tel. 089 50060-479
mail@studiosus.com

Wir müssen vom Getriebenen zum Antreiber werden

Noch immer diskutieren wir darüber, wie wir die Zahl der Flüchtlinge am besten und schnellsten reduzieren. Eines jedoch ist unbestreitbar: Der Staat und die Gesellschaft waren nicht vorbereitet. Wir sind nach wie vor nicht in der Lage, diese Herausforderung vollständig zu meistern. Zwar arbeiten wir gemeinsam an einer Lösung, aber ob und wann das gelingt, wissen wir nicht. Immerhin: Jetzt, im Krisenmodus, geht auf einmal was. Nur drei Beispiele:

Innerhalb weniger Wochen werden Milliardenbeträge freigesetzt, um Flüchtlingslager in den Herkunftsstaaten zu finanzieren. Viele Entwicklungspolitiker haben frühzeitig auf die dramatischer werdende Situation in den Lagern hingewiesen.

Innerhalb eines halben Jahres wurden die Asylverfahren gestrafft, die Regeln für Bleiberecht und Abschiebungen deutlich verschärft – mit Zustimmung der SPD und zum Teil sogar der Grünen im Bundesrat. Das war vor einem Jahr noch undenkbar. Nach den Übergriffen an Silvester wurde innerhalb weniger Wochen das Strafrecht verschärft. Innenpolitiker der Union haben das schon lange gefordert. Jetzt wird es umgesetzt.

Diese Erfahrungen später Reformbereitschaft machen wir nicht zum ersten Mal. Das Arbeitsrecht war bis Anfang der 2000er Jahre besonders „arbeitslosenfeindlich“: Es schützte Jobinhaber, aber verhinderte Jobeinstiege. Die Arbeitsverwaltung war verkrustet und ineffizient. Das war von vielen Experten lange beanstandet worden. Aber erst, als die Arbeitslosenzahl auf mehr als fünf Millionen anstieg, startete die Politik ein radikales Reformprogramm.

Change-Berater, die notwendige Veränderungen in Unternehmen begleiten, nennen das „Sense of Urgency“: Ohne das Bewusstsein für die Dringlichkeit

sind Organisationen nicht veränderungsbereit. Eine gute Führung erkennt die Veränderungsnotwendigkeit lange vorher, leitet sie frühzeitig ein und bereitet die Mitarbeiter

darauf vor. **Dr. Carsten Linnemann** ist Bundestagsabgeordneter und Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

Wir müssen daraus lernen: Lasst uns mit Reformen beginnen, bevor die Krise da ist. Dann kann Politik die Änderungen besser planen, organisierter umsetzen, klarer kommunizieren. Unabhängig davon, wie es mit der Flüchtlingskrise weitergeht: Die nächste Wirtschaftskrise wird kommen. Der Ölpreis ist unterbewertet, die Zinsen sind durch die Geldschwemme der Europäischen Zentralbank zu gering, das Wachstum in China und anderen Schwellenländern flaut ab. Militärische Konflikte im Nahen Osten, Spannungen mit Russland, Euro-Schwäche, Brexit – all das könnte sich schon bald zu einer großen Krise wandeln. Darauf müssen wir uns vorbereiten. Wir als MIT haben mit unserem 10-Punkte-Programm „Deutschland kann mehr“ Vorschläge vorgelegt, um unseren Staat fitter zu machen. Wir dürfen nicht länger warten. Denn wenn es fast zu spät ist, kann es schnell ganz zu spät sein.

Herzlichst



Ihr Carsten Linnemann



Mein Unternehmen: erfolgreich.

Meine Steuerberaterin: unentbehrlich.

Zukunft gestalten. Gemeinsam.



Bei allen betriebswirtschaftlichen Entscheidungen und in der Personalwirtschaft können Sie auf die Unterstützung Ihres Steuerberaters vertrauen. Gemeinsam mit ihm und Software von DATEV werden alle Unternehmensfragen geklärt.

Sprechen Sie mit Ihrem Steuerberater oder informieren Sie sich auf www.datev.de/vertrauen bzw. unter 0800 1001116.



Zukunft gestalten. Gemeinsam.

4 ► INHALT

POLITIK

- 3 EDITORIAL**
MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann, MdB, schreibt zur aktuellen politischen Lage
- 6 Aus anderer Sicht**
Unser Kolumnist Hugo Müller-Vogg kritisiert Pläne der Grünen
- 7 Unsere Seite-7-Karikatur**
- 8 Landtagswahlen am 13. März 2016**
Wir stellen die beiden Spitzenkandidaten und eine –kandidatin vor
- 18 Pro & Contra**
Soll das Schengen-Abkommen ausgesetzt werden?

UNTERNEHMEN

- 10 Es ist wieder CeBIT-Zeit in Hannover**
Im Mittelpunkt stehen das „Internet der Dinge“ und die „Industrie 4.0“
- 14 Wie finde ich meinen Erfolgspartner?**
Zu zweit sind Unternehmer durchsetzungsfähiger
- 16 Mittelständler ins Silicon Valley**
Interview mit dem IT-Wissenschaftler Burton Lee
- 20 Notruf ist nicht gleich Notruf**
Sicherheit per Smartphone

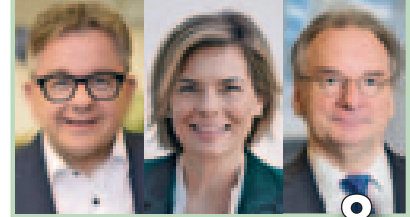
SERVICE

- 25 Dauerbrenner Arbeitszimmer**
- 26 Bücher – für Sie gelesen**
- 28 BFH-Urteil zur Dienstwagennutzung**
- 29 EU-Check / Jahrestage**

MIT-/ MU-INSIDE

- 30 MU-Inside**
- 32 Neu in der MIT/ MU**
- 33 Neues aus der MIT-Geschäftsstelle**
- 34 Auf den Punkt gebracht**
Kolumne von MIT-Magazin-Chefredakteur Günter F. Kohl
- 34 Impressum**

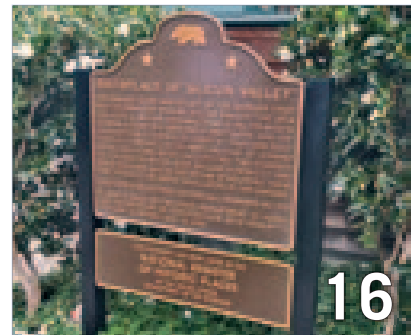
Landtagswahlen 2016



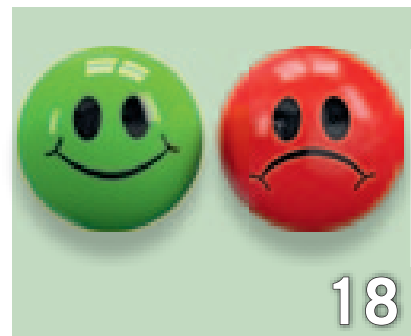
8



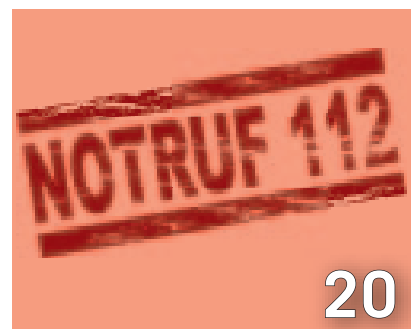
10



16



18



20

UN-

VERGLEICHBARE QUALITÄT

**UNSER UN-OUTSOURCER-ANGEBOT:
RUN-ON-SATISFACTION
FÜR DYNAMISCHE SAP-LÖSUNGEN**

Keine Vertragsbindung nach erfolgter Migration.
Mehr Infos unter t-systems.de/un-outsourcer

T · · **Systems** ·

Rentenpläne für den Sozialstaats-Untertan

Grüne und Schwarz-Grüne trauen dem Staat mehr zu als Banken und Versicherungen

Von Hugo Müller-Vogg

Die Grünen geben sich gerne als marktwirtschaftliche Partei. Unbestreitbar haben sie in der rot-grünen Bundesregierung die größten Steuersenkungen in der Geschichte der Bundesrepublik ebenso mitgetragen wie die Einführung der staatlich geförderten privaten Altersvorsorge mit der Riester- und Rürup-Rente. Dieselben Grünen haben aber vor der letzten Bundestagswahl mit der SPD darum gewetteifert, wer in der Rangliste der Umverteilungsparteien hinter der Linkspartei auf Platz 2 kommt. Und: Sie haben mit ihren Steuererhöhungs-Plänen die SPD sogar noch übertroffen.

Derzeit dominiert bei den Grünen der Glaube, der Staat wisse und könne fast alles besser als private Unternehmen. Die Bundestagsfraktion will folglich jetzt die Riester-Rente verstaatlichen. Private kapitalgedeckte Altersvorsorge soll künftig so aussehen: Arbeitnehmern, die dem nicht ausdrücklich widersprechen, wird ein bestimmter Prozentsatz vom Gehalt für die Altersvorsorge abgezogen. Das Geld fließt in einen staatlichen Vorsorgefonds. Der legt die Mittel am Kapitalmarkt an und zahlt später die private Zusatzrente aus – die „Deutschland-Rente“.

Das ist ein in sich schlüssiges Konzept – ein staatswirtschaftliches Konzept. Mit sozialer Marktwirtschaft hat das aber nichts zu tun, verstößt es doch gegen elementare ordnungspolitische

Prinzipien. Zunächst einmal ist eine Abgabe, vor der man sich nur durch aktiven Widerspruch befreien kann, keine freiwillige Zusatzleistung, sondern faktisch ein Zwangsbeitrag. Sodann stellt sich die Frage, wie die Erfinder der „Deutschland-Rente“ zu der Erkenntnis gelangt sein können, staatliche Stellen könnten am Kapitalmarkt höhere Renditen erzielen als Banken und Versicherer. Die enormen Verluste der staatlichen Landesbanken in der Finanzkrise sprechen eher dagegen.

Noch bedenklicher wird der Grünen-Plan, wenn man bedenkt, welche Summen die neue Renten-Anstalt einnehmen und anlegen wird. Falls sie Aktien erwirbt, erwirbt sie auch Stimmrechte. Im Laufe einer gar nicht so langen Zeit wird die Renten-Behör-

de in vielen deutschen Aktiengesellschaften zu den großen Aktionären zählen, mit entsprechendem Einfluss in der Hauptversammlung und im Aufsichtsrat. In paritätisch besetzten Aufsichtsräten kann der Staats-Vertreter zusammen mit der Arbeitnehmerbank die Mehrheit bilden. Welche Bundesregierung könnte da nicht auf die Idee kommen, diese Aktienpakete zu nutzen, um Einfluss auf die Unternehmenspolitik zu nehmen? Es wäre ein gewaltiger Schritt zu noch mehr Staat.

Wenn es doch nur die Grünen wären, die auf solche Ideen kommen. Aber nein. In Hessen haben schon Ende letzten Jahres drei Minister der schwarz-grünen Koalition einen ganz ähnlichen Vorschlag unterbreitet: den Deutschland-Fonds. Sie rühmen sich sogar, ihr Staatsfonds schützte die Anleger vor „überteuerten“ Angeboten privater Anbieter. Motto: Guter Staat, böse Wirtschaft.



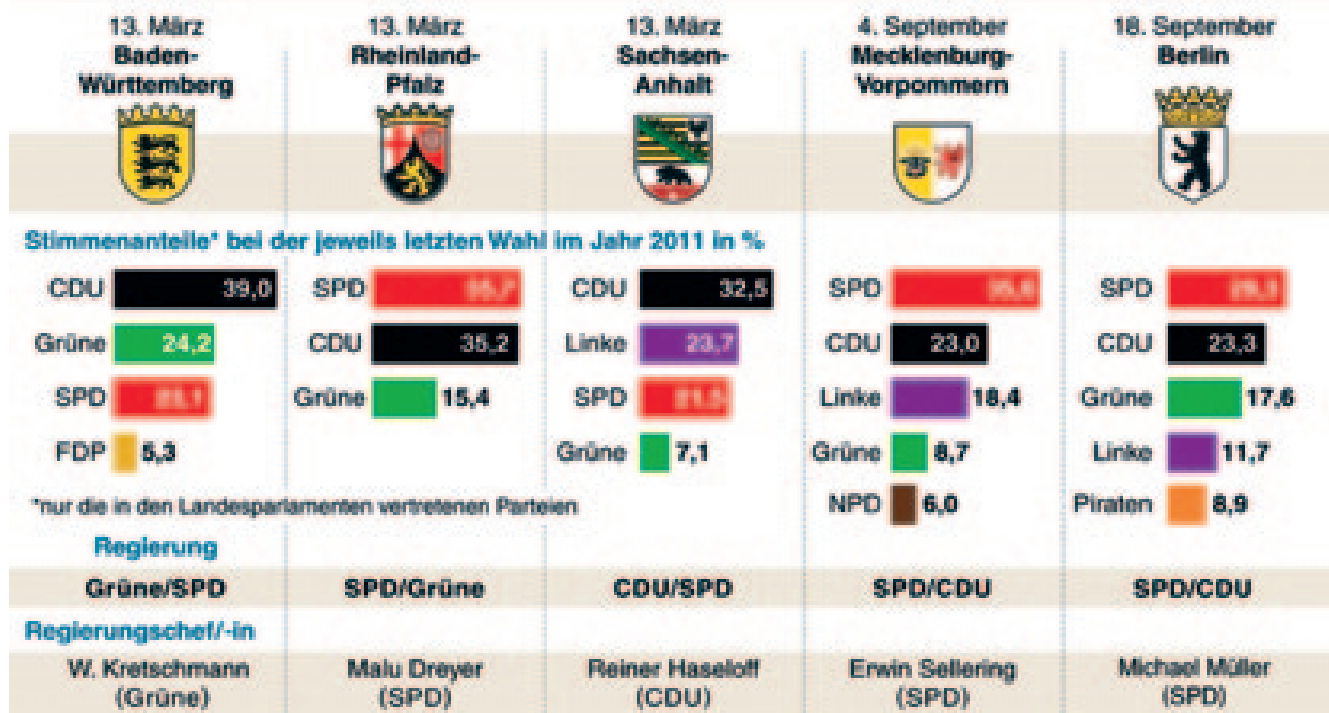
Foto: Chaperon

Dr. Hugo Müller-Vogg, Publizist und Autor zahlreicher Gesprächsbiografien, u. a. mit Angela Merkel und Horst Köhler. Neuestes Buch: „Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient“. Häufiger Gast von Talk-Runden. Von 1988 bis 2001 Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. www.hugo-mueller-vogg.de. Auf Twitter folgen: @HugoMuellerVogg

Altersarmut betrifft heute erst zwei bis drei Prozent unserer Ruheständler. Das wird sich in 20 oder 30 Jahren dramatisch verändern – zum Schlechteren. Deshalb ist der Staat gut beraten, die private Altersvorsorge besser zu fördern als bisher. Wie er das tut, hängt von seinem Menschenbild ab. Dem mündigen Bürger bietet er Anreize, den betreuten Menschen führt er „mit sanftem Zwang“ auf den rechten Weg. Die Grünen in Berlin und Schwarz-Grün in Hessen verfolgen mit ihren Rentenplänen ein bedenkliches Ziel: den Sozialstaats-Untertan mit Veto-Recht.



Das Wahljahr 2016



Quelle: Landeswahlleiter

Stand November 2015

dpa-23365

Landtagswahlen 2016

Am 13. März werden die Landtage von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt neu gewählt. Trotz leichter Einbußen bei den aktuellen Umfragen liegt die CDU in allen drei Ländern vorne. Für die MIT ist die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner aus zweierlei Gründen spannend: Zunächst gilt es, die Wählerinnen und Wähler in den einstigen Stammhochburgen der Christdemokraten zurückzugewinnen. Baden-Württemberg wird seit 2011 von Grün-Rot regiert und in Rheinland-Pfalz hieß der letzte Schwarze an der Spitze des Mainzer Parlaments Carl-Ludwig Wagner.

Sie treten an, um die Landtagswahlen am 13. März für sich zu entscheiden: Guido Wolf als Spitzenkandidat der baden-württembergischen CDU, Julia Klöckner für die CDU in Rheinland-Pfalz und Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff für Sachsen-Anhalt.

Fragen an die Spitzenleute

1. Nach dem Wahlsieg:

Was wäre Ihre erste Maßnahme zur Stärkung der örtlichen Wirtschaft?

2. Ihr politischer Gegenspieler:

Was ist aus Ihrer Sicht seine einschneidendste (oder gar erschreckendste) Forderung?

3. Wie können mittelständische Unternehmen am ehesten in der Flüchtlingsfrage helfen?

4. Annahme:

Sie wären nicht Politiker, sondern Mittelständler. Womit hätten Sie sich selbstständig gemacht?



Guido Wolf

Baden-Württemberg

Wieder ein eigenständiges Wirtschaftsministerium schaffen, alle unnötigen bürokratischen Regelungen abschaffen, mit denen Grün-Rot Mittelstand und Handwerk belastet hat, sofort unsere Digitalisierungsoffensive starten und den Straßenbau ankurbeln – mit Beteiligung von Mittelstand und Handwerk.

Die Grünen halten an ihrer verfehlten Bildungspolitik fest, machen sich für die Einführung eines generellen Tempolimits stark, wollen nach wie vor keine Straßen, sondern lieber Radwege bauen und setzen zu einseitig auf die Ökologisierung der gesamten Wirtschaft.

Erfreulich ist ja, dass sie helfen wollen. Voraussetzung ist, dass die berufliche Eignung festgestellt und der Aufenthaltsstatus bestimmt ist – umso schneller können Betriebe und Arbeitnehmer zusammengeführt werden. Alle Beteiligten sollten eng kooperieren.

Tuttlingen, wo ich neun Jahre Landrat war, ist ja eine Hochburg der Medizintechnik. Da ich auch gerne Arzt geworden wäre, könnte ich mir in diesem Bereich ein spannendes Betätigungsfeld vorstellen.

Auf in den Endspurt



Julia Klöckner
Rheinland-Pfalz

Die Bürokratie- und Vorschriftenbremse. Für jede neue Regel entfällt eine alte. Rot-Grün hat in den vergangenen Jahren auf bundes- und europarechtliche Vorgaben obendrein noch Landesgesetze gepackt. Das schränkt die unternehmerische Freiheit und Dynamik in Rheinland-Pfalz ein. Mit dieser Gängelung unserer Unternehmen muss Schluss sein.

Es gibt kaum etwas Einschneidenderes als die Verschuldung der Kommunen – das Ergebnis einer verfehlten Finanzpolitik der Landesregierung. Sie nimmt den Gemeinden und Städten jeden Entscheidungsspielraum. Erschreckend ist für mich alles, was zu Lasten künftiger Generationen geht. Nachhaltige Politik bedeutet für mich deshalb vor allem ein Haushalt ohne neue Schulden. Was wir in Rheinland-Pfalz erleben, ist das Gegenteil: Eine Rekordverschuldung und hastige Versprechen, die nicht gegenfinanziert, sondern nur dem Wahlkampf geschuldet sind.

Die mittelständischen Unternehmer tun schon eine Menge, werden aber derzeit noch durch viele gesetzliche Hemmnisse gebremst. Wir haben in unserer „Mainzer Erklärung“ des CDU-Bundesvorstandes einen „Berufsbildungspakt Flüchtlinge“ beschlossen. Dabei geht es vor allem um den Zugang gering qualifizierter Jugendlicher zum Arbeitsmarkt, zum Beispiel durch Berufsvorbereitungsklassen. Mein Eindruck ist, dass es nicht am Mittelstand scheitern wird, diese Absolventen dann auch in Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnisse zu übernehmen.

Der Einstieg ins elterliche Weingut, das heute von meinem Bruder geführt und erfolgreich weiterentwickelt wird, hätte ja in jeder Hinsicht nahe gelegen. Die Arbeit als Journalistin, später Chefredakteurin, war aber auch eine spannende Herausforderung. Mich mit einer Kombination aus beidem selbstständig zu machen, das hätte mich schon verlockt. Also ein kleiner Verlag im Bereich Kultur und Lebensart.



Reiner Haseloff
Sachsen-Anhalt

Nicht mehr Bürokratie als nötig! Die CDU wird sich für ein sog. Standardmoratorium einsetzen. Alle Gesetze und Verordnungen müssen grundsätzlich auf ihre wirtschaftlichen Auswirkungen überprüft werden. Bundesratsinitiativen sind zur Verringerung der Aufzeichnungspflichten beim Mindestlohn, zur Erbschaftsteuer, zur Vorfristigkeit der Sozialversicherungsbeiträge und falls bis dahin noch nicht erfolgt, zur Kalten Progression geplant.

Die Opposition in Sachsen-Anhalt setzt sich für die Ausweitung sozioökologischer Kriterien im Vergaberecht ein. Gefordert werden auch eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte in Unternehmen unter 100 Beschäftigten, Geschlechterquoten, eine geschlechterspezifische Lohnharmonisierung und eine Offenlegung aller Angestelltengehälter. Der Mindestlohn soll auf 11,50 Euro angehoben werden. Die Einführung einer Vermögenssteuer und die Kappung von Freigrenzen für vererbte Unternehmen sind weitere Forderungen der Opposition. Darüber hinaus plant man eine Ausweitung kommunaler Tätigkeiten sowie die Einführung eines zusätzlichen gesetzlichen Feiertages am 8. Mai.

In Sachsen-Anhalt werden Asylsuchende bereits bei der Erstaufnahme durch die Arbeitsagentur durchgecheckt. Daher haben wir hierzulande einen guten Überblick über die fachliche Qualifikation von Asylbewerbern. Unternehmen sollten dieses Wissen zur Deckung des eigenen Fachkräftebedarfs offensiv nutzen. Bund und Land unterstützen u. a. Deutschkurse, Lehrausbildungen oder Weiterqualifizierungen mit einem ganzen Paket von flankierenden Maßnahmen.

Als Unternehmer wäre ich der Physik treu geblieben und könnte mir daher etwas im Bereich Lasergerätebau bzw. -produktion vorstellen.

Die Fragen stellte Sidney Pfannstiel

INDUSTRIE

CeBIT 2016

Chancen der Digitalisierung nutzen

Von Silke Becker

Schwerpunkthemen der CeBIT im März in Hannover sind das Internet der Dinge und die Chancen der Digitalisierung für die Wirtschaft. Dementsprechend steht die Messe unter dem Motto „d!conomy: join – create – succeed“. Insgesamt präsentieren sich 3300 Anbieter aus 70 Ländern, dazu wird ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm geboten. Das Partnerland ist die Schweiz.

Das Internet der Dinge (Internet of Things/ IoT) bietet Unternehmen völlig neue Möglichkeiten, zusätzliche Märk-

te zu erschließen, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln und damit höhere Gewinne zu realisieren. Eine für den Mittelstand besonders interessante Neuentwicklung präsentiert das Nürnberger Start-Up MyOmega. Das Unternehmen wurde von dem erfahrenen Technologiemanager Bernd Möller gegründet, der früher in leitenden Funktionen bei Ericsson und Intel gearbeitet hat. MyOmega zeigt auf der CeBIT seine innovative MYNXG-Plattform. Sie kann die gigantischen Datenmengen aus verschiedenen Sensoren, Kameras und Scannern so aufbereiten, dass der Anwender diese Informationen spielend leicht analysieren und auswerten kann.

Die Anwendungsmöglichkeiten sind sehr breit gefächert. Ein Projekt des Unternehmens sind beispielsweise intelligente Regalcontainer, die über eine integrierte Kamera die Bestandsmenge von Schrauben, Muttern usw. vollautomatisch überwachen und bei Bedarf selbstständig nachbestellen. Interessant ist auch der Einsatz im Weinbau: Die Sensoren messen vor Ort vollautomatisch Parameter wie Feuchtigkeit, Sonneneinstrahlung und Temperatur, der Winzer kann die Daten über sein Tablet abrufen und ohne mühsame und Zeit raubende Ortsbesichtigung über Bewässerung oder Düngung entscheiden.

RIE 4.0

Datensicherheit noch wichtiger

Doch das Internet der Dinge bietet nicht nur Chancen, sondern birgt auch enorme Risiken, warnt Sicherheitsanbieter Trend Micro. Schon jetzt sind zahlreiche Dinge des Alltags, von Küchengeräten über Kinderspielzeug bis hin zu Erotikartikeln und nicht zuletzt Wearables wie Fitnesstracker an das Smartphone angebunden. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen, im Gegenteil. In Zukunft werden immer mehr Dinge internetfähig sein. Derzeit muss man jedoch leider davon ausgehen, dass praktisch alle dieser neuen smarten Geräte auf dem Markt

nicht ausreichend gesichert sind. Das liegt vor allem daran, dass Sicherheit die Hersteller Zeit und Geld kostet und zudem die Bequemlichkeit für den Anwender reduziert. Wer jetzt glaubt, dass sich niemand dafür interessiert, welche Daten ein Teddybär an das elterliche Smartphone schickt, der irrt gewaltig. Ist beispielsweise eine Kamera in einen smarten Teddy integriert, können Unbefugte dadurch das gesamte Kinderzimmer überwachen - für die meisten Eltern wohl eine eher grausige Vorstellung. Schlimmer ist jedoch etwas anderes: Aufgrund der fehlenden Sicherheitsvorkehrungen bekommen Kriminelle über den gehackten Teddy

freien Zugang zum angeschlossenen Smartphone mit sämtlichen dort abgelegten Daten. Und das ist natürlich ein wesentlich interessanteres Angriffsziel als der kuschelige Kinderfreund.

Das gleiche gilt natürlich auch für Smartphones, die mit Fitnessarmbändern oder irgendwelchen anderen internetfähigen Geräten verbunden sind. Die ausgespähten Informationen können den Besitzer des Smartphones nicht nur viel Geld kosten, wenn beispielsweise sensible Bankdaten entwendet werden. Richtig brisant wird die Angelegenheit, wenn der Besitzer des gehackten Gerätes sein Smartphone



Das Smartphone sollte auch nicht in der Digitalen Economy zum Einfallstor für Schadsoftware werden, denn die Bedrohung nimmt deutlich zu



Besucherinfos CeBIT 2016

Wie üblich findet die CeBIT auf dem Messegelände in Hannover statt, im Navi muss man dazu den Zielort „Hermesallee“ eingeben. Geöffnet sind die Ausstellungshallen vom 14. bis 18. März 2016 täglich von 09.00 - 18.00 Uhr. Wer sich rasch einen Überblick verschaffen möchte, kann an den „Guided Tours“ zu verschiedenen Themen teilnehmen. Die englischsprachigen Führungen starten täglich um 10:00 und um 14:00 Uhr, dauern zwei Stunden und kosten 15 Euro pro Teilnehmer.

Bei den Tickets hat sich einiges geän-

dert. Die Standardeintrittskarte gilt jetzt automatisch als Dauerticket für die gesamte CeBIT. Tagestickets gibt es nur noch in der ermäßigten Variante (25 Euro) für Schüler, Studenten usw. Dauerbesucher kommen dadurch wesentlich günstiger weg: Die Karten kosten an der Tageskasse 60 Euro, im Vorverkauf 55 Euro, also genauso viel wie früher das Tagesticket. Für Fachbesucher gibt es zusätzliche Ticketvarianten, die verschiedene Veranstaltungen beinhalten. Die regulären Kosten liegen je nach mitgebuchtem Programm zwischen 600 und über 1000 Euro. Interessierte können jedoch zwischen 200 und 400 Euro sparen, wenn sie die Karten vor dem 1. März 2016 im Vorverkauf erwerben. Achtung! Die Messetickets werden nicht mehr im öffentlichen Nahverkehr des Großraum-Verkehrs Hannover (GVH) als Fahrausweise akzeptiert, man muss für die Anreise mit Bus und Bahn also wieder Fahrkarten lösen.

Der Weg in eine sichere digitale Zukunft ist nicht weit: Besuchen Sie uns auf der CeBIT in Halle 7 | C18.

Digital_werden. Sicher_bleiben.

Mit dem umfassenden Angebot der Bundesdruckerei können Sie Ihre Daten, Prozesse und Infrastrukturen zuverlässig vor Angriffen schützen. Profitieren Sie von unserer langjährigen Expertise im Bereich Hochsicherheitstechnologie. Mit maßgeschneiderten Lösungen – 100 Prozent „Made in Germany“.

Auf der CeBIT zeigen wir Ihnen, wie auch Sie Ihr Unternehmen fit für eine sichere digitale Zukunft machen. Melden Sie sich auf www.bdr.de/cebit direkt für eine persönliche Führung mit unseren Experten an.

Anmeldung für
Ihre persönliche
Führung auf
[www.bdr.de/
cebit](http://www.bdr.de/cebit)

Registrieren Sie sich hier:

www.bdr.de/cebit



Sie erreichen uns telefonisch unter:
+49 (0)30 - 25 98 18 30



Oder per E-Mail:
sales@bdr.de



Foto: Ptopia

Kämpfst du noch alleine oder kooperierst du schon?

Erfolgspartner: Was im Sport funktioniert, sollte auch im Beruf möglich sein

Von Ulrike Stahl

Es gibt einen guten Grund, warum wir uns zum Sport verabreden: Es ist einfach zu verführerisch, ihn ausfallen zu lassen oder weniger zu machen, wenn die einzige Person, vor der wir das begründen müssen, wir selbst sind. Dann drehen wir uns Sonntagmorgen um 8:00 Uhr bei strömendem Regen lieber noch einmal um und ziehen uns die Decke über den Kopf. Warten allerdings ein oder sogar mehrere Laufpartner auf uns, wollen wir uns nicht die Blöße geben und sind hinterher um so stolzer, dass wir unsere Runde sogar bei Regen absolviert haben.

Was beim Sport noch gut denkbar ist, wird für den Beruf oft nicht in Erwägung gezogen. Jürgen ist selbstständiger Steuerberater: „Natürlich wäre es toll, jemanden zu haben, mit dem ich mich austauschen kann, der mich auch mal anspricht oder an das erinnert, was ich mir vorgenommen habe. Aber ich bin nun mal Einzelkämpfer. Andere Kollegen kenne ich nicht so gut, dass ich mich da so öffnen würde.“ So äußern sich viele Selbstständige. Sie gehen davon aus, dass sie mit der Selbstständigkeit automatisch das Einzelkämpferdasein gewählt haben. Geschäftliche und persönliche Weiterentwicklung stehen so meist hinten an, weil das Tagesgeschäft alle Aufmerksamkeit

fordert und einen sonst keiner daran erinnert. Dabei wäre ein Erfolgspartner ein echter Entwicklungsturbo. Eine Untersuchung der American Society of Training & Development belegt, wie man die Wahrscheinlichkeit steigern kann, gesetzte Ziele zu erreichen. Danach ist die Wahrscheinlichkeit, ein Ziel zu erreichen:

- ➔ 10 %, wenn man eine Idee hat oder hört,
- ➔ 20 %, wenn man bewusst entscheidet, sie anzunehmen,
- ➔ 40 %, wenn man entscheidet, sie umzusetzen,

- ➔ 50 %, wenn man konkret plant, wie man sie umsetzen wird,
- ➔ 65 %, wenn man sich gegenüber jemand anderem verpflichtet, sie umzusetzen,
- ➔ 95 %, wenn man dieser Person eine „Überprüfungsvollmacht“ gibt

Mit anderen Worten, selbst wenn wir uns bewusst dafür entscheiden, etwas Bestimmtes zu erreichen und die konkrete Umsetzung planen, bleibt nur eine 50/50-Chance, dass wir den Weg auch wirklich bis zum Ziel gehen. Sobald wir uns jemand anderem gegenüber verpflichten und mit dieser Person die Vereinbarung treffen, dass sie uns überprüfen darf, steigt die Wahrscheinlichkeit der Zielerreichung fast aufs Doppelte. Auf der Suche nach einem Erfolgspartner, also jemanden, der sich wie wir ebenfalls geschäftlich und persönlich weiter-

entwickeln möchte, helfen nachfolgende drei Fragen:

Wer kommt in Frage?

Man muss sich nicht bereits besonders gut kennen, noch braucht man den gleichen fachlichen Hintergrund. Zu enge Freundschaft oder gar eine Beziehung kann eher hinderlich sein, weil dann nicht mehr so zielorientiert kommuniziert wird. Oft ist es bereichernd, wenn die Erfolgspartner vom Typ und Hintergrund her unterschiedlich sind. Nachdem sich für Gespräche gut das Telefon oder Skype nutzen lässt, muss man auch nicht am selben Ort leben. Vielleicht gibt es einen Studienkollegen, der sich auch selbstständig gemacht hat, oder wir haben jemanden bei einem Kongress kennen gelernt. Wenn wir eine geeignete Person entdeckt haben, sollten wir die Initiative ergreifen. Eine Erklärung, worum es bei einer Er-

folgspartnerschaft geht und die Frage, ob die Person Interesse hat, eine solche einzugehen oder es zumindest auszuprobieren, hat schon viele Erfolgspartner zusammengeführt.

Wie starten?

Wichtig ist, sich darüber auszutauschen, was jeder von der Erfolgspartnerschaft erwartet und welche Ziele beide damit verfolgen. Eine Probezeit von sechs bis zwölf Wochen kann sinnvoll sein, um gegenseitig zu überprüfen, ob man den richtigen Erfolgspartner gefunden hat und man gemeinsam auf dem richtigen Weg ist. Erfolgspartnerggespräche sollten fest vereinbart und zuverlässig in regelmäßigen Abständen geführt werden. Je nach Intensität bietet sich ein Wochen- oder Zweiwochentakt mit einer festen Uhrzeit an.

Wie laufen die Erfolgspartnerggespräche ab?

Das Gespräch sollte einen festen Ablauf haben und einen für beide Seiten angenehmen Zeitrahmen umfassen. 30 Minuten reichen meistens vollkommen aus, wenn konzentriert kommuniziert wird. Folgender Ablauf bietet sich an: Erfolgspartner A berichtet, was er seit dem letzten Gespräch umgesetzt hat und wie es gelaufen ist. Wenn er Feedback oder Ideen braucht, bittet er darum. Erfolgspartner B fragt nach und erinnert gegebenenfalls an Vereinbarungen. Dann definiert A, welche Schritte er bis zum nächsten Gespräch unternehmen wird. Nun folgt Erfolgspartner B mit demselben Ablauf. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass die vereinbarte Zeit beiden gleichmäßig zugutekommt. Den Smalltalk besser ans Ende des Gespräches verschieben.

Foto: Clipdealer



Sobald wir uns jemand anderem gegenüber verpflichten und mit dieser Person die Vereinbarung treffen, dass sie uns überprüfen darf, steigt die Wahrscheinlichkeit der Zielerreichung fast aufs Doppelte



Die Geburtsstätte des Silicon Valley: Ein Schild erinnert an das erste Startup der IT-Region, das an dieser Stelle 1938 in einer Garage von den Studenten William R. Hewlett und David Packard gegründet wurde

Interview mit Dr. Burton Lee

„Mittelständler sollten mit dem Silicon Valley kooperieren“

Deutsche Unternehmen sind zu skeptisch, intransparent und besessen von Wissenschaft – wer mit Burton Lee spricht, weiß: Der Stanford-Professor nimmt kein Blatt vor den Mund. Das MittelstandsMagazin sprach mit Lee über die kulturellen Unterschiede zwischen deutschen Mittelständlern und Silicon-Valley-Unternehmen.

Während wir uns in Deutschland auf Industrie und Fertigung konzentrieren, setzt der US-amerikanische Markt viel stärker auf digitale Geschäftsmodelle. Wäre es eine Win-Win-Situation, wenn Digital-Experten aus dem Silicon Valley und deutsche Mittelständler mit Expertise in der Produktion stärker zusammenarbeiten würden?

Burton Lee: Ja, auf jeden Fall! Hier im Silicon Valley gibt es nur wenige deutsche kleine und mittelständische Unternehmen (KMU). Viele KMU würden davon profitieren, sich im Umfeld der Software-Entwicklung und Mensch-Computer-Interaktion, des Designdenkens und der künstlichen Intelligenz sowie der strategischen Nutzung von Informationstechnologien anzusiedeln. Eine noch größere Win-Win-Situation ist möglich für deutsche Großunternehmen auf dem Gebiet der Unternehmenssoftware und digitaler Kultur. Die deutschen Großunternehmen müssten viel enger mit den führenden Silicon-Valley-Unternehmen kooperieren, um ihre IT-Systeme zu verbessern und den Übergang von der traditionellen Unternehmenskultur hin zu einer softwarebasierten, dynamisch-innovativen Kultur zu meistern.

Woran hakt es?

Lee: Die deutsche Industrie vollzieht diesen Kulturwandel einfach nicht schnell genug. Die zukünftige

Entwicklung der deutschen Unternehmenskultur scheint von vielen Geschäftsführern, Vorständen und Business Schools vernachlässigt zu werden.

Sie haben viel Zeit in Europa und Deutschland verbracht und haben sicherlich einige kulturelle Unterschiede erlebt. Was würden Sie sagen, ist der größte Unterschied?

Lee: Mir fallen drei Punkte ein, wenn ich an die kulturellen Unterschiede zwischen Deutschland und dem Silicon Valley denke. Erstens: Die tiefe Skepsis, die man oft in Deutschland gegenüber allem Neuen oder Anderen findet. Zweitens ist Europa ein wenig zu „besessen“ von Wissenschaft. Und drittens bestehen gravierende Unterschiede in der Managementkultur.

Was meinen Sie mit Skepsis? Hat unsere Besonnenheit einen negativen Einfluss auf die Art, wie wir Geschäfte machen und neue Geschäftsideen umsetzen?

Lee: Es kann ein größeres Hindernis sein, schnell neue Ideen, Produkte, Dienstleistungen, Werte oder Denkweisen auszuprobieren und anzunehmen. Ja, es ist wichtig, wie neue Ansätze mit deutschen Werten in Einklang zu bringen sind. Aber manchmal kann die unablässige Suche nach vollständigem Verständnis und Wissen, bevor ein neuer Ansatz übernommen wird, dazu führen, dass Deutschland in wichtigen wirtschaftlichen und technischen Bereichen hinterherhinkt, insbesondere auf dem Gebiet der Verbraucher- und Unternehmenssoftware. In einer immer schneller werdenden globalen Technologielandschaft gibt es einfach nicht genug Zeit, um jeden neuen Ansatz vollständig bewerten zu können. Man muss auch mal ins kalte Wasser springen und das Risiko annehmen.

Sie haben gesagt, dass Europa zu „besessen“ von Wissenschaft ist. Wie meinen Sie das?

Lee: Was ich damit meine ist, dass sich die meisten europäischen Universitäten, auch Technische Universitäten, auf reine Wissenschaft konzentrieren. Dadurch entstehen häufig Hindernisse, eine Innovations- und Gründerkultur an Universitäten zu etablieren und Kooperationen mit der Industrie aufzubauen. Diese Denkweise geht in letzter Konsequenz häufig zulasten von Innovationen.

Ihr dritter Punkt betrifft die Managementkultur...

Lee: Wir sehen große Unterschiede zwischen der Unternehmenskultur „typisch“ deutscher und US-amerikanischer High-Tech-Unternehmen. Für viele deutsche Unternehmen sind Managementkultur, Führungsstil, Prozes-

se und Denkweise ausgerichtet auf das grundlegende Verständnis familiengeführter Unternehmen. Im Silicon Valley hingegen basiert die unternehmerische Erfahrung auf „öffentliche Unternehmen“, deren Aktien an der Börse gehandelt werden.

Wo liegen die Vorteile darin?

Lee: „Öffentliche Unternehmen“ sind in der Regel transparenter, haben häufigere Wechsel an der Unternehmensspitze und eine verbesserte Rechenschaftspflicht von Managern. Nimmt man die Innovationskultur des Silicon Valley, die sich auf börsennotierten Unternehmen gründet, und überträgt sie auf Familienunternehmen, gibt es Einschränkungen und Herausforderungen, die bislang weder im Silicon Valley, noch in Deutschland ausreichend Beachtung finden.

Das Interview führte Astrid Jantz



Dr. Burton Lee

Burton Lee zählt zu den gefragtesten Innovationsexperten im Silicon Valley (Kalifornien). Er lehrt „Europäische Startup- und Innovationsökosysteme“ an der Universität von Stanford. Gleichzeitig ist Lee als Geschäftsführer für die Beratungsgesellschaft „Innovarium Ventures“ tätig und berät weltweit Unternehmen, Regierungen, Hochschulen und Startups, beispielsweise Daimler, NASA und das Bundeswirtschaftsministerium. Im Jahr 2007 hat er das „Space Angels Network“ mitgegründet, einen führenden Risikokapitalgeber für Gründungen im Bereich der Luft- und Raumfahrttechnik. Darüber hinaus hat Lee als Dozent und Gastprofessor an sechs europäischen Universitäten gelehrt, unter anderem an der Technischen Universität Dortmund und der Ludwig-Maximilians-Universität München. In München hat er auch studiert und jobbte neben dem Studium auf dem Oktoberfest, wo er Maßkrüge spülte. Lee hat einen Doktor in Maschinenbau und Elektrotechnik (Stanford), einen MBA in Finanzen (Cornell) und einen Bachelor in Wirtschaft und Politik (Brown).

PRO: Kontrollen sind derzeit alternativlos

„Macht die Grenzen dicht!“, Wer leichtfertig mit dieser Forderung hantiert, zündelt an der Idee Europas und am Erfolgsprojekt Binnenmarkt. „Dichte Grenzen“ verursachen Milliarden-Schäden – Berufspendlerstaus, Probleme bei Lenk- und Ruhezeiten, Unterbrechung des Just-in-Time-Prinzips, höhere Lagerbestände, die Liste teurer Nachteile ist lang. Der Mittelstand sollte daher eine Liquidierung des Schengen-Kodex mit aller Kraft verhindern. „Ohne Schengen macht der Euro keinen Sinn“, betont Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zu Recht.

Schengen ist wertvoll. Wenn eine Million Menschen nach Deutschland flüchten, ist aber



Marco Reuter (39) war wiss. Mitarbeiter des Politikökonom Prof. Stefan A. Schirm und arbeitet als Büroleiter des hessischen CDU-Abgeordneten Thomas Mann MdEP. Er ist Bezirksvorsitzender der MIT Osthessen, Mitglied des MIT-Bundesvorstandes und der Grundsatzprogrammkommission

der Ausnahmefall eingetreten, den Artikel 23 ausdrücklich vorsieht: Zur „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“ und zum „Schutz der inneren Sicherheit“ können Kontrollen vorübergehend eingeführt werden.

Wollen wir Migration ordnen, steuern und reduzieren, ist der wirksame Grenzschutz das erste Mittel. Auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe wurde beschlossen, dass deutsche Kontrollen „solange unverzichtbar sind, bis eine strikte Kontrolle der EU-Außengrenzen gewährleistet ist.“ Wie die Griechenland-Krise zeigt auch die Flüchtlings-Krise Schwachstellen der Verträge auf: Trotz mangelhaften EU-Grenzschutzes müsste die Bundesregierung deutsche Kontrollen eigentlich im Mai 2016 einstellen. Das Verfahren zur erneuten Verlängerung ist komplex. Der Vorstoß der niederländischen Ratspräsidentschaft, zügig die Verlängerung um bis zu zwei Jahre zu ermöglichen (Art. 26), ist daher der nächste notwendige Schritt. Gleichzeitig attestiert die Kommission Griechenland „schwere Versäumnisse bei der Kontrolle, die unbedingt abgestellt werden müssen“. Initiativen, diese Defizite dauerhaft zu beseitigen, sind alternativlos. Dabei geht es nicht um Abschottung, sondern um ein klares Signal, dass nur Flüchtlinge mit Bleibeperspektive weiterverteilt werden. Plan A2 weist hier einen guten Weg.

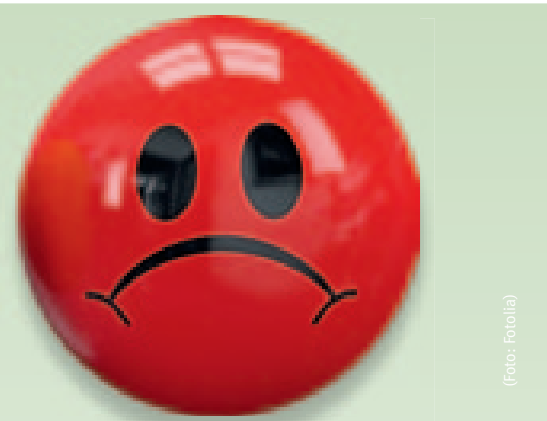


Sollte Deutschland das Schengen- Abkommen aussetzen?

Im vergangenen Jahr sind mehr als eine Million Migranten nach Deutschland gekommen. Eine spürbare Verringerung dieser Zahl ist trotz Bemühen der Bundesregierung bislang nicht absehbar. Vor diesem Hintergrund wird zunehmend die Frage diskutiert, ob Deutschland seine nationalen Außengrenzen effektiv

IHRE MEINUNG ZÄHLT

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Unter www.mit-bund.de/umfrage-grenzkontrollen können Sie darüber abstimmen, ob Deutschland das Schengen-Abkommen aussetzen sollte, um seine Außengrenzen zu si-



(Foto: Fotolia)

hland n-Abkommen

sichern solle, um den Flüchtlingsstrom zu vermindern. Strittig ist, in welchem Ausmaß Grenzkontrollen negative Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft haben. In einem Pro und Contra will das MittelstandsMagazin beiden Positionen Platz einräumen. Die Beiträge geben die persönliche Meinung der Autoren wieder.

chern. Über das Endergebnis der Umfrage informieren wir Sie im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn unter www.mit-bund.de/newsletter kostenlos abonnieren.

CONTRA: Nationalstaatliche Abgrenzung schadet Deutschland

Die Herausforderung des Flüchtlingszuzugs allein aus innenpolitischer Sicht analysieren und kurzfristig lösen zu wollen, wird dem Problem in Zeiten von Globalisierung und weltweiter Vernetzung nicht gerecht. Die Flucht vor Terror und Unterdrückung, aus katastrophalen humanitären Zuständen sowie vor Hunger und Not, wird die Welt, Europa und Deutschland für Jahrzehnte herausfordern. Hier ist eine kooperative Außen-, Europa- und nachhaltige Entwicklungshilfe-Politik gefordert. Zur Sicherung des Schengenraumes vor illegaler Einwanderung benötigen die Schengen-Außenstaaten die Unterstützung aller Mitgliedsstaaten.

Nationalstaatliches Denken sieht nur das eigene Land und nicht das gemeinsame Friedens-, Freiheits- und Demokratieprojekt Europa, von dem nicht zuletzt wir Deutschen in besonderem Maße profitieren. Nationale Lösungen mittels Grenzsicherung mögen kurzfristig verlockend sein, schaden der EU jedoch dauerhaft und verstärken die in einigen Ländern bestehenden Tendenzen nach kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Abgrenzung. Neue Grenzen im europäischen Binnenmarkt schwächen Europa auf Dauer im weltweiten Wettbewerb. Immer lauter werden die Warnungen von Volkswirtschaftlern und Unternehmern vor den wirtschaftlichen Risiken bis hin zum Verlust von Arbeitsplätzen in Deutschland. Die noch

viel zu geringe Zusammenarbeit bei Terrorismusabwehr und Kriminalitätsbekämpfung verlöre an Dynamik.

Zur Bewältigung dieser Herausforderung gibt es keine Lehrbuchstrategie. Daher ist es unverantwortlich, durch öffentlichen Druck den Eindruck zu erwecken, sie kurzfristig lösen zu können. Vor uns liegt die große europäische Transformationschance für effektive politische Zusammenarbeit und effizientes Verwaltungshandeln. Darauf müssen wir die Bürger einstimmen und sie dabei mitnehmen. Das gelingt uns nur, wenn wir zu einer konstruktiven und respektvollen Debattenkultur zurückkehren.



Hans-Peter Pohl (61) ist Marketing-Berater und Dozent. Er leitet das Wahlkreisbüro von Uwe Feiler MdB. Pohl ist Landesgeschäftsführer der MIT Brandenburg, Stellv. Landesvorsitzender der Senioren-Union Brandenburg und Vorsitzender der Europa-Union im Havelland

Sicherheit per Smartphone

NOTRUF 112

Notruf ist nicht gleich Notruf

Von Sidney Pfannstiel

Bereits im Koalitionsvertrag von 2013 wurde das Thema behandelt, und es könnte aktueller kaum sein: Die Bundesregierung, so heißt es dort, wolle SMS- oder App-Systeme einführen, „dass sich Menschen in einer Notsituation bemerkbar machen können“. Der Osnabrücker Unternehmer und MIT-Mitglied Lothar Röwer war deutlich schneller. Seine Notruf-App gibt es schon seit 2011.

Ein Vater, die Mutter und ihr Kind hatten sich an einem heißen Julitag des vergangenen Jahres im Ausflugsgebiet Döberitzer Heide in Brandenburg hoffnungslos verirrt. Als sie den Notruf wählten, wurde der Handy-Akku schwach. Die rettende Idee: Die Familie schickte schnell noch ihren Standort auf das private Telefon eines ihnen bekannten Polizisten – über den Kurznachrichtendienst

WhatsApp. Der Polizist verständigte daraufhin seine Kollegen. Mit dem Rettungshubschrauber wurde die Familie schließlich aus dem Naturschutzgebiet in Sicherheit gebracht.

Auf diese Geschichte angesprochen, sagt Sven Petke, Mitglied der brandenburgischen CDU-Landtagsfraktion: „Die Polizei nutzt technische Neuerungen ausführlich, aber nur präventiv und strafrechtlich, wie



Ein Knopfdruck genügt: Mit nur einem Druck auf den Alarmbutton der Notruf-App können Notleidende um Hilfe rufen



App öffnen, entsichern und Alarmbutton betätigen

bei der Funkzellenabfrage. Wenn es darum geht, die Polizei zu erreichen, ist die Situation die gleiche wie vor 70 Jahren.“

So plausibel es auch klingen mag, Notrufe künftig mit dem Smartphone und per SMS oder WhatsApp abzusetzen – die technischen Voraussetzungen, vor allem aber die rechtlichen Rahmenbedingungen weisen die Entwicklungen in die Schranken.

Das haben auch Lothar und Georg Röwer aus Osnabrück erfahren. Die mittelständischen Unternehmer, Mitglieder in der MIT, hatten 2011 eine Notruf-App an den Start gebracht. „In Sachen Sicherheit kennen wir uns eben aus“, sagt Sohn Georg Röwer, „da ist eine zeitgemäße Weiterentwicklung nur konsequent.“ Sicherheit, das ist seit jeher die Kernkompetenz des Familienunternehmens, das vor

fast 70 Jahren in Osnabrück gegründet wurde. Mit der „Mein Notruf“-App setzten die Mittelständler eine klassische Bierdeckel-Idee um: Ein Jahr zuvor saß Firmengründer Lothar Röwer mit einer prominenten Kundin zusammen, und sie sprachen über die Möglichkeiten mobiler Sicherheit. Die Kundin brachte ihre Sorgen auf den Punkt. „Ich werde nicht in meiner Villa überfallen, sondern auf dem Weg dorthin“. Die Röwers entwickelten daraufhin die App, und koppelten sie an die bereits 1986 gegründete, eigene Notrufzentrale. Seit 2011 gehen dort nun auch Meldungen ein, die von der Smartphone-App ausgelöst werden.

Um Sicherheit geht es auch der „Expertengruppe Notrufe“ (EGN), die 2013 ihre Arbeit aufnahm. Die EGN ist ein Gremium der Innenministerkonferenz der Länder. Zu ihren Mitgliedern zählen auch die vom Innenministerium benannten Vertreter der Betreiber von Notrufabfragestel-

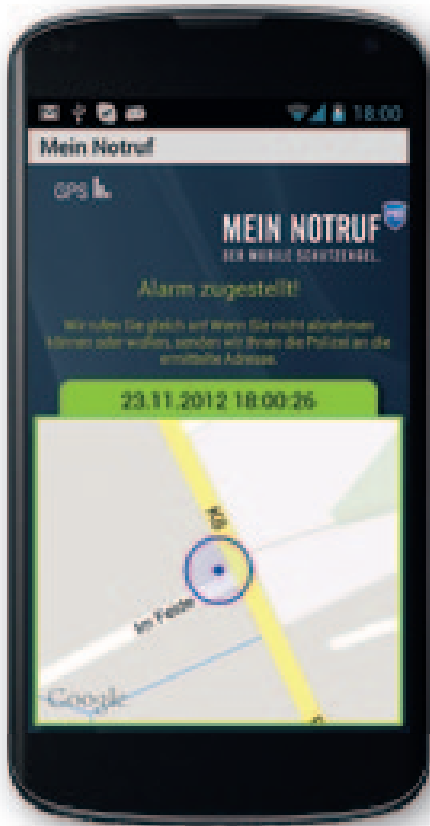
len in den Ländern. Geschäftsführend bei der EGN ist das Bundeskriminalamt in Wiesbaden.

Weil er von seiner App überzeugt ist, vor allem aber weil seine Notrufzentrale eine auflagengebundene VDS-Zertifizierung erreicht hat (ohne eine solche darf man mit Einsatzkräften gar nicht in Kontakt treten), hatte Lothar Röwer dem Bundeskriminalamt im Februar 2014 eine Kooperation angeboten. Den Beamten schrieb er: „Die Idee, die „Mein Notruf“-App an die Anforderungen der Mitglieder der Expertengruppe Notruf anzupassen, scheint uns logisch und realisierbar.“ Auch sei man gerne dazu bereit, „beratend bei der Realisierung oder Weiterentwicklung der staatlichen Notruf-App mitzuwirken.“ Spätestens diese so genannte White-Label-Lösung, also eine bereinigte Variante der App mit dem Zweck der völligen Anpassung an die EGN-Anforderungen, hätte die Sicherheitsexperten in Wiesbaden aufhorchen lassen müs-

Foto: Elvira Perron



Ein Mann, eine App: Lothar Röwer präsentiert die „MEIN NOTRUF“-App, mit der dem Hilfesuchenden schnell per GPS-Ortung geholfen werden kann



Die App ermittelt sofort den eigenen Standort und löst in der Notrufzentrale Alarm aus

sen. Stattdessen wartet die Firma bis heute auf eine Antwort.

Gegenüber diesem Magazin sagt ein BKA-Mitarbeiter: „Die Notrufverordnung mag noch nicht in der IT-Welt angekommen sein. Der Notruf ist aber nun mal Teil der Daseinsvorsorge und muss völlig kostenneutral erfolgen.“ Deshalb, so die ergänzende Presseerklärung des BKA, „würden die bereits verfügbaren Apps nach Einschätzung der EGN nicht die gesetzlichen Vorgaben (...) erfüllen.“ Das BKA verweist Hersteller daher auf das Lastenheft und bittet um Berücksichtigung.

Im September 2013 befasste sich der Bundesrat mit einer ähnlichen Thematik, bei der man zu einer ähnlichen Schlussfolgerung kam: Beim so genannten eCall, dem geplanten europaweiten Notruf bei Verkehrsunfällen, ist der eingehende Notruf, nach Lesart des Bundes-

rats, „zwingend an die europaweite Notrufnummer 112 zu richten. Nach den geltenden Bestimmungen in Deutschland, insbesondere der Notrufverordnung, sind solche Anrufe direkt zu den nach Landesrecht festzulegenden Notrufabfragestellen durchzuleiten.“ Dass dies richtig und wichtig sei, weiß auch Georg Röwer: „Wir sind ja keine Alternative zur Polizei. Unsere App funktioniert vielmehr wie ein Katalysator.“ Hundertfach hätten sich die Brandmelde- und Einbruchsmeldeanlagen bereits bewährt – „alle akuten Fälle gehen in der Zentrale ein und werden an örtliche Einsatzkräfte weitergeleitet“.

Mittels der Notruf-App erreicht der Hilfesuchende per gedrücktem Alarmknopf die Notrufzentrale. Übermittelt werden neben dem Namen des Handybesitzers auch seine Telefonnummer und Wohnadresse, vor allem aber sein gegenwärtiger Standort per GPS-Signal – ein unschlagbarer Vorteil gegenüber der bisherigen Polizeitechnik. Ein Mitarbeiter aus der Notrufzentrale versucht den Auslöser des Alarms zu erreichen (um Missbrauch oder unüberlegtes Auslösen auszuschließen), verständigt zeitgleich die Polizei oder den Rettungsdienst in der Dienststelle, die dem Ort des Geschehens am nächsten liegt. „Das ist die schnellste Kette, die es gibt“, meint Georg Röwer und sagt dann: „Stellen Sie sich diese Möglichkeiten in der vergangenen Silvesternacht vor, in der hunderte Notruf-App-Alarme zeitgleich eingegangen wären.“

Webtipp:

Infos zur Notruf-App unter www.mein-notruf.de

Der Bundesrat kommt zu einem anderen Ergebnis. In Bezug auf die eCall-Diskussion ließ man sich seitens der EGN beraten und stellte dann fest: Mit der Zwischenschaltung einer Notrufzentrale „würde in Fällen echter Notrufe die Frist zwischen der (insbesondere manuellen) Auslösung des eCalls und der Entsendung von Hilfe durch das hierfür ausgebildete Personal der Notrufabfragestellen unnötig verlängert. (...) Ziel der Einführung des eCall ist es, die Rettungskette zu verkürzen. Die EGN sieht bei Zwischenschaltung von Dritten stattdessen eine Verlängerung der Rettungskette, die durch das „Vorfiltern“ von nicht notrufrelevanten Verbindungen und damit durch das Verringern von Fehlanrufen bei den Notrufabfragestellen nicht kompensiert werden kann.“

Eine verfahrenere Situation. Vielleicht ist es an der Zeit, dass sich die verantwortlichen staatlichen Stellen mit den Entwicklern innovativer Technologien ganz ohne Vorbehalte an den runden Tisch setzen, um gemeinsam an Lösungen für die Zukunft des Notrufs – vor allem aber im Sinne der Hilfesuchenden – zu arbeiten. Die Röwers jedenfalls wären erreichbar, gerne auch über Festnetz.

Koalitionsvertrag:

„Wir führen Systeme ein (zum Beispiel eine zentrale Nummer für SMS-Notrufe oder eine Notruf-App) und ändern das TKG (Telekommunikationsgesetz, Anm. der Red.) so, dass sich Menschen in einer Notsituation bemerkbar machen und Hilfe anfordern können, ohne zurückgerufen werden zu müssen.“

Aus dem Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD

Wie lang ist ein Schultag,
wenn man Hunger hat?

Mit 5 Euro helfen: SMS mit FREUND an die 811 90*

Kinderarmut betrifft jedes 5. Kind in Deutschland. Schon mit 5 € helfen Sie z.B. mit einem täglichen Frühstück und warmem Mittagstisch. Werden Sie dauerhaft Fördermitglied auf www.dkhw.de – denn Kinder brauchen Freunde.

*Einmalig 5 € zzgl. SMS-Gebühr, davon gehen 4,83 € direkt an das Deutsche Kinderhilfswerk.

Kinder
brauchen
Freunde.



Deutsches
Kinderhilfswerk

Leser fragen – wir antworten

Rechtliche Themen beherrschen unseren Alltag und prägen verstärkt das Miteinander im Berufs- wie im Privatleben. Wir wollen helfen, mehr Licht in den Paragrafen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden – eine E-Mail genügt. Wir werden ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten, Position beziehen, über rechtliche Kuriositäten berichten oder aktuelle rechtliche Themen vorstellen.

Aber Achtung: Wir leisten keine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten und Fachanwälten vor Ort.

Arbeitgeber und Betriebsrat geraten immer wieder einmal aneinander. Ein „Dauerbrenner“ ist dabei die Frage, ob der Arbeitgeber Schulungsveranstaltungen bezahlen muss, an denen Betriebsratsmitglieder teilnehmen wollen. Unser Mitglied Peter P. hat das schon mehrfach erleben müssen. Er möchte wissen, ob der Betriebsrat die Fortbildungswünsche dem Arbeitgeber quasi diktieren kann.

Klar ist: Der Betriebsrat ist ziemlich autark in der Wahl seiner beabsichtigten Fortbildungsmaßnahmen. Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hält eine Schulung regelmäßig für erforderlich, wenn sie unter Berücksichtigung der konkreten Verhältnisse in Betrieb und Betriebsrat notwendig ist, damit der Betriebsrat seine gegenwärtigen oder in naher Zukunft anstehenden Aufgaben ordnungsgemäß erfüllen kann. So hat das BAG in einer Entscheidung vom 14.01.2015 (7 ABR 95/12)

Kenntnisse zum Thema „Mobbing“ für die Arbeit des Betriebsrats als erforderlich erachtet. Voraussetzung ist allerdings, dass sich der Betriebsrat aufgrund der konkreten Verhältnisse im Betrieb veranlasst sehen darf, sich mit diesem Thema zu befassen. Dies hat der Betriebsrat konkret darzulegen.



In dem zu entscheidenden Fall bestätigte das BAG den Anspruch auf Freistellung von den Seminargebühren und Übernachtungs- sowie Verpflegungskosten, die durch die Teilnahme des Betriebsratsmitglieds an dem streitigen Seminar „Mobbing Teil 1“ entstanden sind. Der Betriebsrat durfte laut BAG die Schulungsteilnahme im Rahmen des ihm zustehenden Beurteilungsspielraums für erforderlich halten.

Der Arbeitgeber hat dann neben den eigentlichen Seminargebühren regelmäßig auch die notwendigen Reise-, Übernachtungs- und Verpflegungskosten des Betriebsratsmitglieds zu tragen. Das BAG hielt im konkreten Fall die Dauer der vom Betriebsrat ausgewählten Schulungsveranstaltung zum Thema Mobbing (immerhin drei Tage) im Hinblick auf die dort behandelten Themen für nicht unangemessen lang. Auch unter Einbeziehung der Entfernung zum Schulungsort und der Reise- und Übernachtungs-

kosten stand der wirtschaftliche Aufwand in keinem unangemessenen Verhältnis zur Größe des Betriebsrats und der Leistungsfähigkeit des Arbeitgebers.

Meistens sollen Rechtsanwälte helfen, einen Streit zu gewinnen. Geht der Prozess überraschend schief, sind die Rechtsanwälte schnell selbst Gegenstand des Streites.

Die Mandanten, die sich nicht gut beraten fühlen, haben seit jetzt fünf Jahren die Möglichkeit, sich an die Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft zu wenden.

Seit dem 1. Januar 2011 arbeitet die Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft als neutrale Einrichtung zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Mandant und Rechtsanwalt.

Die Schlichtungsstelle ist damals auf Initiative der Bundesrechtsanwaltskammer gegründet worden. Die Schlichtungsstelle klärt bei Konflikten zwischen Rechtsanwälten und ihren Mandanten kostenfrei vermögensrechtliche Streitigkeiten und soll helfen, unbürokratische Lösungen zu finden.

Die Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft ist unabhängig und neutral. Deshalb darf der eingesetzte Schlichter kein Rechtsanwalt sein. Die ehemalige Präsidentin des Kammergerichts Berlin, Monika Nöhre, ist seit dem Herbst 2015 neue Schlichterin.

(Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft, Neue Grünstraße 17, 10179 Berlin)



Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar, stellt sich den Fragen unserer Leser

Ein häusliches Arbeitszimmer setzt neben einem büromäßig eingerichteten Raum voraus, dass es ausschließlich oder nahezu ausschließlich für betriebliche oder berufliche Zwecke genutzt wird. Fehlt es hieran, sind die Aufwendungen hierfür insgesamt nicht abziehbar. Damit scheidet eine Aufteilung und anteilige Berücksichtigung im Umfang der betrieblichen oder beruflichen Verwendung aus.

Mittelpunkt der beruflichen Tätigkeit

Die Grundsatzentscheidung des Bundesfinanzhofs (Az GrS 1/14) betrifft die durch das Jahressteuergesetz 1996 eingeführte Abzugsbeschränkung für häusliche Arbeitszimmer. In seiner geltenden Fassung sind Aufwendungen hierfür nur unter der Voraussetzung abziehbar, dass für die betriebliche oder berufliche Tätigkeit kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht. Die Höhe der abziehbaren Aufwendungen ist dabei grundsätzlich auf 1.250 € begrenzt; ein weiter gehender Abzug ist nur möglich, wenn das Arbeitszimmer den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen oder beruflichen Betätigung bildet (§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6b Satz 1 des Einkommensteuergesetzes -EStG-).

In dem der Entscheidung des Großen Senats zugrunde liegenden Verfahren war streitig, ob Kosten für einen Wohnraum, der zu 60 Prozent zur Erzielung von Einnahmen

DAUERBRENNER ARBEITSZIMMER

Kein Abzug bei gemischt genutzten Räumen

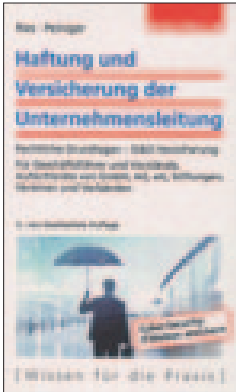


Foto: Plainpicture

aus Vermietung und Verpachtung und zu 40 Prozent privat genutzt wird, anteilig als Werbungskosten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung abziehbar sind.

Der Begriff des häuslichen Arbeitszimmers setzt seit jeher voraus, dass der Raum wie ein Büro eingerichtet ist und ausschließlich oder nahezu ausschließlich zur Erzielung von Einnahmen genutzt wird. Diese Auslegung dient nach Auffassung des Großen Senats dazu, den betrieblich/beruflichen und den privaten Bereich sachgerecht voneinander abzugrenzen, Gestaltungsmöglichkeiten zu unterbinden und den Verwaltungsvollzug zu erleichtern. Im Fall einer Aufteilung sind diese Ziele nicht zu erreichen, da sich der Umfang der jeweiligen Nutzung innerhalb der Wohnung des Steuerpflichtigen nicht objektiv überprüfen lässt. Der BFH sieht insbesondere ein Nutzungszeitenbuch nicht als geeignete Grundlage für eine Aufteilung an, da die darin enthaltenen Angaben keinen über eine bloße Behauptung des Steuerpflichtigen hinausgehenden Beweiswert hätten. Ebenso mangelt es an Maßstäben für eine schätzungsweise Aufteilung der jeweiligen Nutzungszeiten. Eine sachgerechte Abgrenzung des betrieblichen/beruflichen Bereichs von der privaten Lebensführung wäre daher im Fall einer Aufteilung nicht gewährleistet.

Ein häusliches Arbeitszimmer darf ausschließlich nur für berufliche Zwecke genutzt werden – das hat der BFH nochmals bekräftigt



Haftung und Versicherung der Unternehmensleitung

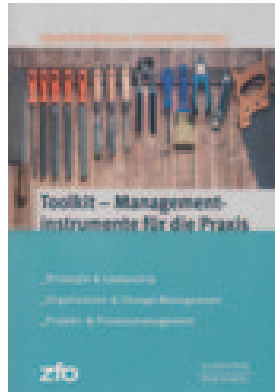
Broschur, 240 S.
ISBN 978-3-8029-1542-0
Walhalla Verlag

Das nun in 3. Auflage erschienene Buch hat sich zu einem Standard-Ratgeber in Sachen Versicherungen für Unternehmer oder ihre Manager entwickelt. Es nimmt Stichworte auf wie Tatbestände der Innenhaftung, Absicherung des Haftungsrisikos, Organhaftung, D&O-Versicherung oder Cyber-Versicherung. Als Nachschlagewerk und erste Info für den Firmenchef sicher nützlich, eine intensive Beratung durch einen Versicherungsexperten kann es aber nicht ersetzen.

Acht Disziplinen ganzheitlicher Führung

Norbert J. Heigl
Kart., 285 S., 39,95 Euro
ISBN 9783503156580
Erich Schmidt Verlag

Wer in Führung geht, wird zum Gejagten. Was im Sport zählt, gilt immer öfter auch im Management: So finden sich die meisten Führungskräfte mittlerweile in nahezu athletischen Mehrkämpfen wieder, längst wird nicht mehr nur entschieden und delegiert. Dieses anschaulich geschriebene Buch wirft einen ganzheitlichen Blick auf die vielseitigen Facetten und Aufgabenbereiche moderner Führung, veranschaulicht mit vielen konkreten Anwendungsbeispielen.



Toolkit – Management

Broschur, 216 S.
ISBN 978-3-7910-3477-5
Schaeffer-Poeschel Verlag

Als ein Baustein des „zfo-Konzepts“ der Zeitschrift Führung + Organisation erscheint seit einigen Jahren die Serie „zfo-Toolkit“ mit kurzen und prägnanten Beschreibungen von Management-Instrumenten und –methoden sowie deren Anwendung. Dieser Band enthält 40 Beiträge aus sieben Themenfeldern: Innovation, Umfeldanalyse, Strategie, Prozessmanagement, Führung und Change Management. Die Sammlung ist eine kreative Fundgrube.

Unternehmensführung und Moral

Elisabeth Göbel
Kart., 138 S., 17,99 Euro
ISBN 978-3-86764-530-0
UVK Verlag

Die Kompetenzen und Aufgaben einer Führungskraft sind vielfältig. Täglich müssen sie hohen, oft widersprüchlichen Anforderungen und Zielen gerecht werden. Auch und gerade für Menschen, die den Schritt vom Mitarbeiter zum Chef gerade vollzogen haben, ist die Auseinandersetzung mit der neuen Aufgabe ein wichtiger Erfolgsfaktor. Die kompakten Taschenbücher aus der Reihe „Management konkret“ greifen diese Themen auf.

Das Ende der Krankheit

J. Müller-Jung
Geb., 296 S., 19,90 Euro
ISBN 978-3-446-43682-4
Hanser Verlag

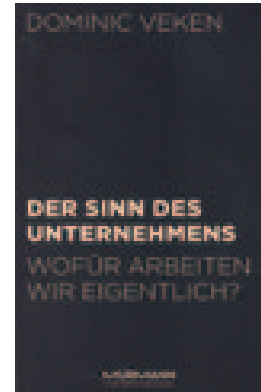
Die Medizin macht den Menschen zum technischen Großobjekt. Mit Stammzellen kann sie bald ganze Organe entstehen lassen, die Heilung von Alzheimer und Parkinson, sogar ewige Gesundheit scheint möglich. Doch diese biomedizinische Revolution stellt nach Ansicht des Autors unsere Gesellschaft vor völlig neue Herausforderungen. Eine schöne neue Welt der Ingenieursmedizin, die hin- und hergerissen ist zwischen Perfektion und Wirklichkeit.



It's the planet, stupid

Broschur, 303 S., 24,95 Euro
ISBN 978-3-865-81739-6
Oekom Verlag

Zwei Journalisten richten die Frage „Der Klimawandel ist. Was können wir tun?“ an sieben herausragende Experten aus dem deutschsprachigen Raum. Unter ihnen Ernst Ulrich von Weizsäcker, Hans-Werner Sinn, Meinhard Miegel und Enoch zu Guttenberg. Den Interviews stellen die Buchautoren eine ausführlich Einleitung über den Klimawandel, seine Ursachen, Wirkungen und Verbindung zu wirtschaftlichen Produktionsweisen voraus.



Der Sinn des Unternehmens

Dominic Veken
Geb., 210 S. 34,00 Euro
ISBN 978-3-86774-467-6
Murrmann Verlag

Wer sind wir? Wofür stehen wir als Unternehmen? Wofür arbeiten wir eigentlich? Das sind die großen Fragen, die in der Jetztzeit immer wieder (kritisch) gestellt werden. Dabei sind sie längst beantwortet: Lies nach bei Erhard! Der Autor beantwortet sie ähnlich, kleidet sie aber in ein aktuelles, mit Beispielen gespicktes Gewand. Unternehmen sind nicht nur dazu da, Profite zu erwirtschaften, sondern auch, um die Welt zu verändern – nichts Geringeres ist sein Anspruch als Deutschlands führender Unternehmensphilosoph.



Ich hatte mich jünger in Erinnerung

Bittl/ Neumayer
Broschur, 207 S., 12,99 Euro
ISBN 978-3-426-78763-2
Droemer-Knaur

Zwischendurch mal etwas leichte Kost, nicht nur für Damen. Die beiden Autorinnen erzählen von den mal komischen, mal tragischen Aspekten des Lebens in der Lebensmitte. Kurzweilig erzählen sie von den Tücken des Älterwerdens, gegen die sie mit Selbstvertrauen und Humor angehen. Lesebrille? Hitzewallungen? Falten? Fuck the Falten – so einfach ist das.



Haftung und Versicherung der Unternehmensleitung

Flex, 240 S., 39,95 Euro
ISBN 978-38029-1542-0
Walhalla Verlag

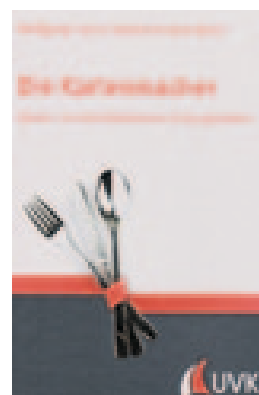
Deutschland hat das schärfste Haftungssystem weltweit. Geschäftsführer, Vorstände, Beiräte und Aufsichtsräte von GmbHs und Aktiengesellschaften sowie Verbänden finden in diesem Buch professionellen Rat, der sie im Ernstfall vor kostspieligen Konsequenzen bewahrt – zum Schutz des privaten Vermögens der Versicherten und Unternehmen. Neuerdings lauert auch im Netz eine weitere Gefahr durch Cyber-Attacken.



Achtung Infarkt

H. J. Vohl
Geb., 207 S., 25,- Euro
ISBN 978-3-96774-468-3
Murrmann Verlag

Unternehmensberatern geht es nicht selten wie Ärzten: Hätte man frühzeitig und konsequent präventive Maßnahmen eingeleitet, wären der Aufwand für die Therapie weitaus geringer und die Prognose hoffnungsvoller. Der Autor ist erfolgreicher Managementautor und Experte in der Früherkennung von Risiken, bevor Krankheiten, Störungen bis hin zum Zusammenbruch von Organisationen und Unternehmen eintreten.



Die Kartenmacher

Fuchs/ Balch
Geb., ca. 200 S., 24,99 Euro
ISBN 978-3-86764-581-2
UVK Verlag

Tartaren reiten durch Deutschlands Speisekarten, Wiener Schnitzel vom Schwein, Kartoffeln, Nudeln, Reise und andere leckere Sachen werden zu „Sättigungsbeilagen“ degradiert. Billige Grönland Shrimps mutieren zu teuren Büsumer Krabben: Deutschlands Speisekarten sind voller unfreiwilliger Komik und falscher Angaben. Hier setzt das Buch an: inhaltlich, gestalterisch, kalkulatorisch, gesetzlich, kaufmännisch und sogar geschmacklich. Eine Pflichtlektüre für Gastronomen und solche, die es werden wollen.

Aushangpflichtige Gesetze 2016

Broschur, 206 S.
ISBN 978-3-8029-1399-0
Walhalla Verlag

Die sogenannten aushangpflichtigen Gesetze müssen für jeden Mitarbeiter stets in der aktuellsten Fassung zugänglich sein. Sie müssen entweder ausgehängt, ausgelegt oder ausgehängt werden. Ein Verstoß hiergegen ist eine Ordnungswidrigkeit. Zu Gesetzestexten zählen z.B. das Arbeitsschutzgesetz, die Gewerbeordnung, das Arbeitszeitgesetz oder das Mutterschutzgesetz, um nur einige zu nennen. Der kleine Band ist mit einer Lochung versehen, so dass er platzsparend sichtbar aufgehängt werden kann.

Sport- und Vereinsmanagement

Marcus Bölz
Broschur, 174 S.
ISBN 978-3-7910-3336-5
Schäffer Poeschel Verlag

Es ist noch ein sehr junger Beruf, der des Sport- und Vereinsmanagers. Die meisten derer, die in dieser Sparte tätig sind, kommen aus allen möglichen Bereichen, doch eine zielgerichtete Ausbildung zur Vorbereitung auf diese Herausforderung bringen sie nicht mit. Liegt darin vielleicht eine der Ursachen für die häufigen Wechsel in diesen Funktionen? Das Buch ist konzipiert für Studierende und hat es sich zum Ziel gesetzt, das Wissen für den Spitzensport und Breitensport gemeinsam zu vermitteln.

Für Kaiser, Reich und Vaterland

Michael Berger
Geb., 352 S. 24,95 Euro
ISBN 978-3-280-05585-4
Orell Füssli Verlag

Dieses Buch erzählt die Geschichte der jüdischen Soldaten in den deutschsprachigen Armeen. Eine Geschichte des ständigen Kampfes gegen den Antisemitismus, der Emanzipation des jüdischen Bürgertums und der Begründung des modernen Zivilstaates. Der Autor ist Berufsoffizier und Vorsitzender des Bundes Jüdischer Soldaten. Er war sieben Jahre Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr und veröffentlichte zahlreiche Bücher.



Foto: Colourbox

Neues BFH-Urteil zur Dienstwagen-Nutzung

Selbstständige sollten genau abwägen, was für sie steuerlich günstiger ist: Ein-Prozent-Regel oder Fahrtenbuch

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat entschieden, dass ein Arbeitnehmer, der einen ihm von seinem Arbeitgeber überlassene PKW auch für seine selbstständige Tätigkeit nutzen darf, keine Betriebsausgaben für den PKW abziehen kann, wenn der Arbeitgeber sämtliche Kosten des PKW getragen hat und die private Nutzungsüberlassung nach der sog. Ein-Prozent-Regelung versteuert worden ist. Darauf verweist der Kieler Steuerberater Jörg Passau, Vizepräsident und geschäftsführendes Vorstandsmitglied des DUV Deutscher Unternehmenssteuer Verbands (*Bundesfinanzhof (BFH), Az III R 33/14*).

Der Kläger erzielte als Unternehmensberater sowohl Einkünfte aus nichtselbstständiger als auch aus selbstständiger Arbeit. Sein Arbeitgeber stellte ihm einen Dienstwagen zur Verfügung, den der Kläger uneingeschränkt für Fahrten im Rahmen seiner Angestelltentätigkeit sowie im privaten und freiberuflichen Bereich nutzen durfte. Sämtliche Kosten des PKW trug der Arbeitgeber des Klägers. Von den 60.000 km, die der Kläger im Streitjahr 2008 zurückgelegt hatte, entfielen 37.000 km auf die Angestelltentätigkeit, 18.000 km auf die freiberufl-

che Tätigkeit und 5.000 km auf private Fahrten. Für die private Nutzungsüberlassung des PKW erfolgte eine Besteuerung des Sachbezugs auf der Basis des Bruttolistenpreises des PKW nach der sog. Ein-Prozent-Regelung. Bei seinen Einkünften aus selbstständiger Arbeit machte der Kläger für den PKW Betriebsausgaben geltend. Diese ermittelte er, indem er den versteuerten Sachbezug im Verhältnis der betrieblichen Fahrten zu den privaten Fahrten aufteilte. Das Finanzamt (FA) lehnte den Betriebsausgabenabzug ab.

Wie bereits zuvor das Finanzgericht folgte der BFH der Auffassung des FA. Der Abzug von Betriebsausgaben im Rahmen der Einkünfte aus selbstständiger Arbeit setzt voraus, dass beim Steuerpflichtigen selbst und nicht bei Dritten Aufwendungen entstanden sind. Die Aufwendungen müssen zudem durch die selbstständige Tätigkeit veranlasst worden sein. Im Streitfall trug jedoch der Arbeitgeber des Klägers sämtliche Kosten des PKW, und es lag kein Fall vor, in dem man dem Kläger ausnahmsweise die Aufwendungen des Arbeitgebers als eigene zurechnen konnte.

Leserbriefe

Zu: „Auf den Punkt gebracht“ von G. Kohl, Ausgabe 1/2-2016

Sie werden scheitern

In Ihrer Kolumne im MittelstandsMagazin 1/2016 fragen Sie im ersten Absatz, ob unsere politische Spitze uns Bürger überhaupt gefragt hat, ob wir einverstanden seien, dass wir über eine Million Flüchtlinge in Deutschland aufnehmen.

Antwort: Nein, das ist nicht der Fall gewesen.

Einen dieser einsamen Entschlüsse unserer Bundeskanzlerin sehen wir auch in dem Atomausstieg, der einen mühsam ausgehandelten Kompromiss – mit dem die Wirtschaft leben konnte – über Nacht über Bord geworfen hat und das Ganze nur, um eine Wahl zu gewinnen, was trotzdem „in die Hose“ ging.

Mit dem plötzlichen, hundertprozentigen Atomausstieg hat man einer Minderheit, den Grünen, die noch nicht einmal 10 Prozent der Bevölkerung in Deutschland vertreten, freie Bahn für eine Energiewende gegeben. Eine Energiewende, die ökonomisch für unser Industrieland nichts bringt, jedes Jahr irrsinnige Kosten verursacht (die auf den Stromverbraucher umgelegt werden) und eine gigantische Umverteilung von unten nach oben darstellt; denn wer von den sozial Schwachen hat genügend Liquidität, um sich an einem Windpark zu beteiligen oder ein eigenes Haus, um darauf ein Solardach zu installieren?

Die neueste Absurdität ist die ausgerufenen „Dekarbonisierung“ (*Anmerkung: ohne CO₂ kein Leben auf dieser Erde*). Wollen wir Selbstmord begehen?

Der Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, Dr. Carsten Linnemann – dessen Haltung ich voll unterstütze – schreibt in seinem Editorial, dass wir von einer europäischen Kontingentlösung sehr weit entfernt sind. Unsere Kanzlerin baut darauf und ist damit weit entfernt von ihren Parteimitgliedern. Durch diese Haltung, mit der sie ihre Willkommenskultur anderen Ländern aufzwingen will, werden sie und ihre Partei bei den nächsten Wahlen scheitern.

Ernst K. Jungk
Wöllstein/ Rheinland-Pfalz
MIT-Mitglied

Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift, behält sich aber verständlicherweise Kürzungen vor. Dass es sich bei Leserbriefen um Meinungsäußerungen der jeweiligen Verfasser handelt und diese nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wiedergeben, versteht sich am Rande.

EU-Check

Irrwitzige Verordnung oder sinnvolle Richtlinie? In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben



Gesetzesvorschlag zum Onlinekaufrecht - ein Anreiz für deutsche KMU

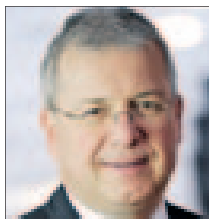
Wie kann der grenzüberschreitende Handel für KMU (Kleine und mittlere Unternehmen) im Onlinebereich einfacher und sicherer werden? Mit einem neuen Vorschlag strebt die Kommission eine Harmonisierung des Onlinekaufrechts an. Dies schafft einen sicheren Rechtsrahmen sowohl für Verbraucher als auch Unternehmer. Besonders deutsche KMU dürften profitieren, da der Vorschlag in vielen Punkten bereits deutschem Recht entspricht und sie einen Neukundenzulauf aus dem europäischen Ausland verbuchen können.

Meldepflicht belastet kleinere Geldinstitute

Der Verordnungsentwurf „AnaCredit“ (Analytical Credit Dataset) zieht einen bürokratischen Mehraufwand nach sich. Das europäische Kreditmeldewesen sieht vor, dass Kreditvolumen schon ab 25.000 Euro der EZB mit knapp 100 statistischen Angaben gemeldet werden. In Deutschland sind davon jährlich 50 bis 60 Millionen Kredite betroffen. Mit dem Projekt AnaCredit droht eine unverhältnismäßige Superaufsicht für Klein- und Kleinstkredite. Statt Risiken in der Finanzwelt zu verringern, belastet die Meldepflicht besonders kleinere Geldinstitute und deren Kunden.



Die Jury:



Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe

Jahrestage und Geburtstage für März 2016

Mit dieser kleinen Chronik wollen wir an wissenswerte Ereignisse, Geburts- und Gedenktage aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erinnern, die in diesem Jahr „runden“.

März

02.03.

1931 – 85. Geburtstag des ehem. sowjetischen Staatspräsidenten und KPdSU-Chefs Michael Gorbatschow (geb. in Priwolnoje/Stawropol)



Foto: Michael Schilling

07.03.



Foto: Kogo

1816 – Gründung der Bayerischen Flugzeug-Werke, die späteren Bayerischen Motoren-Werke (BMW), in München (100. Jahrestag)

18.03.

1891 – 125. Jahrestag des ersten Telefongesprächs über ein Kabel durch den Ärmelkanal

21.03.

2006 – Twitter-Mitbegründer Jack Dorsey setzt in San Francisco den ersten „Tweet“ ab (10. Jahrestag)

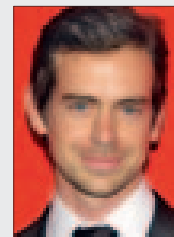


Foto: David Shankbone

1956 – Das Versandhaus Quelle nimmt in Nürnberg die weltweit erste automatisierte Versandanlage in Betrieb (60. Jahrestag)

Impressionen von der MU-Vorstandssitzung



MU-Vorstandssitzung vor dem Neujahrsempfang



Hans Michelbach, Carsten Linnemann, Thomas Schmatz



Hans Michelbach mit Handwerkspräsident Georg Schlagbauer und Hauptgeschäftsführer Dr. Lothar Semper zu Gast im MU-Landesvorstand



Prof. Elmar Forster, Peter Erl, Thomas Lemke, Franz Xaver Scherl und Uschi Ohrlein



Claudius Wolfrum und Michael Böhlk-Lankes



← MIT trifft MU - Andrea Kösslinger, Michael Littig und Ehepaar Kohl mit Jürgen Presser

Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer, MdL, Clemens Fuest, Moderatorin Susanne Hornberger, Handwerkspräsident Georg Schlagbauer ↓



Blick in den Großen Saal des Künstlerhauses

Neujahrsempfang de

Künftiger IFO-Chef Clemens Fuest kritisiert Sozialpolitik der Bundesregierung – MU-Vorsitzender Michelbach: Integration und Staatsausgaben nur möglich mit Entlastungsoffensive für Bürger und Betriebe.

„Man kann nur eines haben – den ausgebauten Sozialstaat oder unbegrenzte Zuwanderung – aber nicht beides“ – deutliche Worte des künftigen Chefs des ifo-Instituts München, Prof. Dr. Clemens Fuest, beim Neujahrsempfang der Mittelstands-Union im Münchener Künstlerhaus. MU-Vorsitzender Dr. h.c. Hans Michelbach, MdB begrüßte den Nachfolger von Prof. Dr. Hans-Werner Sinn zu dessen öffentlicher „Premiere“ in München und Bayern vor über 300 geladenen Gästen und im Gespräch mit Bayerns Handwerkspräsident Georg Schlagbauer, Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer und MIT-Chef Dr. Carsten Linnemann, MdB.

Fuest wörtlich: „Mit Mindestlohn, Mietpreisbremse und Rente mit 63 werden wir die Zukunft nicht gewinnen.“ Nötig sei vielmehr eine stärkere Unterstützung von Unternehmern und Gründern: „Wir müssen wieder mehr produzieren und nicht nur verteilen.“ Dem schloss sich Pschierer an: Die Politik von SPD-Arbeitsministerin Nahles sei eine „Rolle rückwärts“ hinter die Agenda





MU-Vorstände und Gäste (von links): Schmatz, Hornberger, Fuest, Michelbach, Schlagbauer, Pschierer, Kösslinger, Götz

r Mittelstands-Union

2010: besonders „Lohnfragen sind in einer sozialen Marktwirtschaft nicht Aufgabe der Politik, sondern der Tarifvertragsparteien.“ Auch Schlagbauer warnte vor einer weiteren bürokratischen Überlastung der Betriebe.

MU-Chef Michelbach betonte: „Staat und Sozialsysteme bleiben in der Flüchtlingskrise nur handlungsfähig durch eine starke Wirtschaft. Betriebe und Bürger brauchen dringend eine Entlastung von Bürokratie, Steuern und Abgaben – gerade jetzt. Wir müssen alle Beschäftigungshürden abbauen – nur so gelingt Integration durch Arbeit und Ausbildung.“ Konkret forderte Michelbach „den ganz klaren Verzicht“ auf Steuererhöhungen und Soli.

Michelbach und der MU-Vorstand bestärkten einhellig MIT-Chef Linnemann in dessen Forderung, im CDU-Bundesvorstand auch kritisch über die Flüchtlingspolitik zu diskutieren. Der MU-Vorstand forderte ebenso wie Linnemann eine kurzfristige und befristete Sicherung der deutschen Grenzen, solange die EU-Außengrenzen nicht gesichert werden könnten, um so Druck in Europa aufzubauen und auf diesem Wege Schengen „mittelfristig“ zu retten.

Foto-Quelle: MU Bayern



LBT-Präsident Hans Wormser und Hans Michelbach



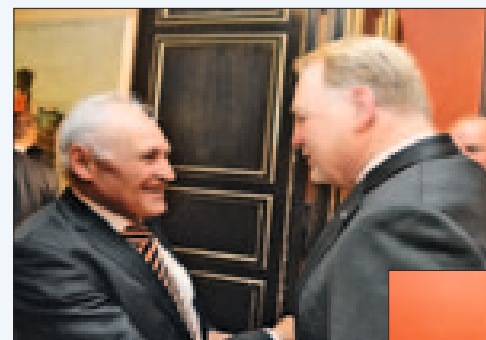
Hermann Hein im Gespräch mit Hans Michelbach



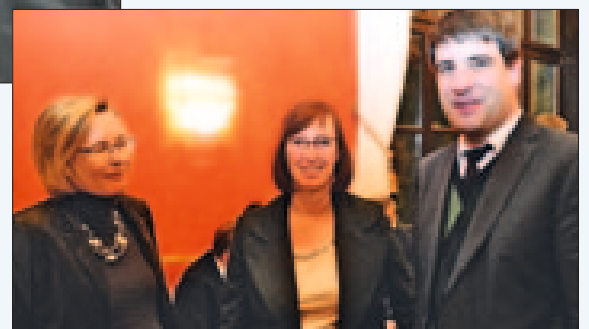
Michaela Dormann, Stephan Ebner, Jannice Koch



Schwaben im Gespräch - Franz Josef Pschierer, Rupert Mößmer, Eric Beißwenger, MdL



← Wirtschaftsausschussvorsitzender Erwin Huber, MdL und Hans Michelbach

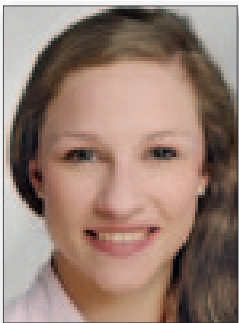


Richard Graßl mit Begleitung →

Ich bin in der MIT, weil ...

„... zu Zeiten von Digitalisierung und Industrie 4.0 die mittelständische Wirtschaft ein kompetentes Sprachrohr braucht. Hier sehe ich die MIT.“

Juliane Weigel



Juliane Weigel (26) absolvierte ein duales Studium zur Wirtschaftsingenieurin in Kooperation mit dem mittelständischen Maschinenbaubetrieb Oerlikon Neumag. Seit ihrem Abschluss 2012 war sie zuerst als Warengruppenmanagerin tätig und arbeitet nun als strategische Einkäuferin für mechanische Komponenten. Neben ihrer beruflichen Tätigkeit studiert sie Innovations- und Technologiemanagement an einer deutschen Fernhochschule. Durch ihre Arbeit in dem Unternehmen Oerlikon Neumag, Weltmarktführer für Anlagen und Technologien zur Produktion von synthetischen Fasern und Vliesen, konnte sich Juliane Weigel bereits sehr früh ein Bild davon machen, welchen Herausforderungen sich ein weltweit agierender Industriebetrieb auf dem internationalen Markt zu stellen hat.

Juliane Weigel ist im Dezember 2015 in die MIT Kiel eingetreten.

„... ich die nachhaltige Entwicklung des Mittelstands in Deutschland aktiv unterstützen möchte!“

Claus R. Mayer



Claus R. Mayer (58) gründete nach seinem Betriebswirtschaftsstudium und Führungspositionen in der Automobil-, Luft-

fahrt- und Engineering-Branche im Jahr 1993 das Unternehmen MR LAN, das mittlerweile seit über 20 Jahren für Konzerne und Mittelstand national und international erfolgreich tätig ist. Aus dem Hauptsitz des Unternehmens im schwäbischen Donauwörth hat sich MR PLAN zu einem Projektpartner in den Bereichen Konzept-, Fabrik- und Logistikplanung sowie Architektur und Projektmanagement mit Standorten in Berlin, Bremen, Bayern, Baden-Württemberg und China mit insgesamt 250 Mitarbeitern entwickelt.

Claus R. Mayer ist im Oktober 2015 in die MU Donau-Ries eingetreten.

„...der Mittelstand junge Stimmen braucht, damit er auch zukünftig gut und stark aufgestellt ist.“

Simon Hüppmeier



Simon Hüppmeier (28) ist gelernter Mediengestalter und seit 2010 Mitgeschäftsführer der Werbeagentur Hüppmeier Marketing &

Design GmbH. Sein Vater gründete die Agentur im Jahr 1993. Durch die Zusammenarbeit zweier Generationen verbindet die Agentur das Know-how für klassische Werbung mit technischem Fortschritt und Innovationen. Von der Logoentwicklung, dem Corporate Design bis hin zu Individuallösungen im Marketing oder bei Imagefilmen bietet die Agentur ein breites Leistungsspektrum an. Simon Hüppmeier tauscht sich regelmäßig mit anderen heimischen Jungunternehmern und Unternehmensnachfolgern aus und ist aktives Mitglied im Salzkotener Verkehrsverein.

Simon Hüppmeier ist im November 2015 in die MIT Salzkotten eingetreten.

NEUES VON DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE



TAG DER MIT - 27. APRIL 2016

60 Jahre MIT
1956 – 2016

In diesem Jahr wird die MIT 60 Jahre alt. Wir wollen das Jubiläum nicht mit einem Fest für Wenige, sondern mit Aktionen in ganz Deutschland für jedermann feiern. Ziel ist es, dass sich

am MIT-Jubiläumstag, am Mittwoch, 27. April 2016, alle MIT-Gliederungen mit einer Veranstaltung oder einer Aktion beteiligen. Weitere Informationen und Ideen für MIT-Aktivitäten finden Sie auf unserer Webseite: www.mit-bund.de/tag-der-mit. Die Gliederung, die am 27. April 2016 die meisten Mitglieder aufnimmt, und die Gliederung, die die beste Aktion am Jubiläumstag veranstaltet, erhalten den JUBILÄUMSRPEIS 2016, der mit jeweils 2.000 Euro als Zuschuss zu einer MIT-Veranstaltung dotiert ist.

10 FORDERUNGEN DER MIT

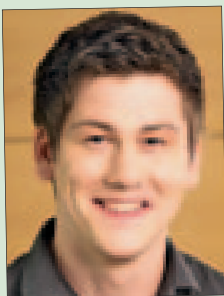
DEUTSCHLAND KANN MEHR
AUFBRUCH IN DEN
CHANCEN-STAAT
KURZFASSUNG DES 10-PUNKTE-PROGRAMMS



Deutschland steht vor zwei großen Herausforderungen: Demografie und Digitalisierung. Fachkräfte fehlen, das Durchschnittsalter der Beschäftigten steigt, immer mehr Personen beziehen staatliche Altersversorgung. Gleichzeitig finden digitale Innovationen verstärkt im Ausland statt. Zudem bremsen Datenschutzbeschränkungen, mangelhafte Internetangebote der Verwaltung und unterentwickelter Breitbandausbau Deutschlands Potenziale. Eine Kurzfassung des 10-Punkte-Programms wurde nun als Broschüre aufgelegt und kann ab sofort über den MIT:SHOP bestellt werden: www.mit-bund.de/shop

Deutschland steht vor zwei großen Herausforderungen: Demografie und Digitalisierung. Fachkräfte fehlen, das Durchschnittsalter der Beschäftigten steigt, immer mehr Personen beziehen staatliche Altersversorgung. Gleichzeitig finden digitale Innovationen verstärkt im Ausland statt. Zudem bremsen Datenschutzbeschränkungen, mangelhafte Internetangebote der Verwaltung und unterentwickelter Breitbandausbau Deutschlands Potenziale. Eine Kurzfassung des 10-Punkte-Programms wurde nun als Broschüre aufgelegt und kann ab sofort über den MIT:SHOP bestellt werden: www.mit-bund.de/shop

NEUER KOMMUNIKATIONSREFERENT: HUBERTUS STRUCK



Mit Hubertus Struck (27) haben wir unsere Bundesgeschäftsstelle personell verstärken können. Struck ist als Kommunikationsreferent für die Außendarstellung, die Mitarbeit am MittelstandsMagazin und die vereinigungsinterne Kommunikation verantwortlich. Der gebürtige Paderborner hat in Bielefeld Medienkommunikation und Journalismus studiert und einen Master in Mittelstandsmanagement erworben. Er hat als Journalist für das Westfalen-Blatt gearbeitet und war Presseferent im Wahlkreisbüro unseres Bundesvorsitzenden

Carsten Linnemann sowie Büroleiter des NRW-Landtagsabgeordneten Volker Jung (†, CDU). Zuletzt war er als selbstständiger Verleger tätig und brachte mit fünf Mitarbeitern ein Regionalmagazin heraus.



Der Bundesvorsitzende unterwegs...

02.03.2016, 08:00 Uhr
MIT Unternehmerfrühstück
Wahlkampfunterstützung der Landtagsabgeordneten
Karlsruhe

02.03.2016, 18:00 Uhr
MIT KV Odenwald
„Wir brauchen eine Wahrhaftigkeitskultur“
Höchst im Odenwald

04.03.2016, 19:30 Uhr
MIT KV Böblingen
„MIT:GESTALTEN - Mittelstandspolitik erfolgreich umsetzen“
Herrenberg

07.03.2016, 17:00 Uhr
MIT KV Coesfeld
„Verantwortungsvoller Umgang mit dem Mittelstand im ländlichen Raum“
Coesfeld

10.03.2016, 18:00 Uhr
MIT Taurastein
„Der deutsche Mittelstand im Spannungsfeld aktueller Herausforderungen und Krisen“
Hartmannsdorf

11.03.2016, 09:00 Uhr
MIT KV Halle
„Wirtschaftspolitik mit angezogener Handbremse? Echte Mittelstandspolitik gestalten!“
Halle

18.03.2016, 18:00 Uhr
MIT SV Garbsen
„Flüchtlinge, Mittelstand, GroKo - die Zukunft des Standortes Deutschland“
Garbsen

23.03.2016, 19:00 Uhr
MIT Dresden
„Impulse für den Deutschen Mittelstand – Wirtschaftspolitik neu denken“
Dresden

Der Bundesvorsitzende in den Medien

„Ohne staatliche Ordnung hat auch der Mittelstand keine Rechtssicherheit, und ohne Rechtssicherheit kann er nicht arbeiten. Grenzkontrollen sind eine bittere Pille, die vorübergehend sein muss.“

Carsten Linnemann, 28. Januar 2016, n-tv

„Der Entwurf zur Erbschaftsteuer ist nicht zu Ende gedacht, weil unrealistische Unternehmensbewertungen und damit überhöhte Steuerbelastungen provozieren. Wir brauchen dringend Nachbesserungen, wenn nicht sogar einen komplett neuen Ansatz.“

Carsten Linnemann, 22. Januar 2016, Stuttgarter Zeitung

UNION MUSS SCHULTERSCHLUSS MIT IHREN WÄHLERN SUCHEN

Der Hamburger Parteienforscher Elmar Wiesendahl sieht eine Aufspaltung der gesellschaftlichen und politischen Mitte in drei Lager, und zwar in das libertär-humanistische, in die pragmatische Mitte und in die Gruppe der traditionalistisch Verängstigten. Zu der Gruppe der Letzteren zählt sich wahrscheinlich niemand unserer Leserinnen und Leser, denn Unternehmer, Freiberufler, leitende Angestellte, also Mittelständler, neigen nicht zu völkisch-fremdenfeindlichen Auffassungen.

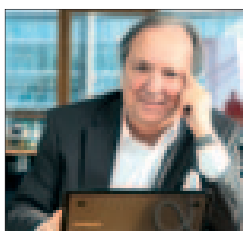
Sicher gibt es in der bürgerlichen Mitte eine Menge Menschen, die einer zivil-religiösen Gesinnungsethik anhängen und in der gegenwärtigen Flüchtlingsdebatte auch auf moralische Werte wie Barmherzigkeit und Menschlichkeit setzen. Allein auf diese Gruppe zu bauen, oder sich sogar an die Spitze dieser Bewegung zu setzen, könnte für die Politik in Deutschland verhängnisvoll werden. Denn viele von ihnen kultivieren ein überhöhtes Selbstbild, treten überaus selbstgerecht auf, fast messianisch, und haben viele Fragen, aber keine einzige Lösung.

Besser, klüger, weitsichtiger und auch versöhnlicher wäre es, eine Brücke zwischen den Ethikern und den Pragmatikern, die zweifellos die größte Gruppe stellen, zu bauen. Wenn 80 Prozent der Deutschen derzeit glauben, dass dieser Bundesregierung die Lösung der Flüchtlingsfrage mehr oder weniger entglitten ist, kann man diese Bedenken nicht einfach beiseiteschieben.

Auch die Kanzlerin sagt mittlerweile, dass jeder, der zu uns kommt, sich nach unseren Sitten, Gebräuchen und Gesetzen zu richten habe. Aber warum sollen dann unsere Kinder mit Rücksicht auf die muslimischen in deutschen Kindergärten, wie bereits in Frankfurt, aus religiösen Gründen gänzlich auf Schweinefleisch verzichten? Muslime müssen es ja nicht essen. In Dänemark hat eine Gemeinde hingegen beschlossen, den Verzehr von Schweinefleisch in Kindergärten zur Pflicht zu machen – als Zeichen dänischer Esskultur.

In Egerkingen im Schweizer Kanton Solothurn werden in der Dorfschule 23 verschiedene Muttersprachen gesprochen. Um die kleinen Schweizer nicht länger zu diskriminieren und auszugrenzen, wurde nun Deutsch als Pflichtsprache verordnet. Richtig so, denn dies fördert auch die Integration der Migrantenkinder. Das Erlernen der Sprache des Gastlandes ist der Schlüssel zu allem.

Alles andere ist falsch verstandene Toleranz, die viele Flüchtlinge und Asylbewerber verwirrt und viele Deutsche irritiert. Zumindest die aus der pragmatischen Mitte. Die Union ist gut beraten, endlich den Schulterschluss mit dieser Wählergruppe zu suchen. Im Augenblick sieht es (noch) nicht so aus. Am 13. März wissen wir mehr.



Günter F. Kohl ist Chefredakteur und Verleger des MittelstandsMagazins

IMPRESSUM **MittelstandsMagazin**

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU/CSU vertreten durch den Bundesvorsitzenden und den Hauptgeschäftsführer Schadowstraße 3, 10117 Berlin

Verlag

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.de

Chefredakteur

Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

Redaktion Recht

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Anzeigen

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 992, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf

Nielsen I, II, VI, VII
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 / 8 61 79, Fax 02205 / 8 56 09

Nielsen III a, III b, IV, V
KDH Medienservice
Karin Dommermuth-Hoffmann
Tel. 0261 / 394 953 36, Fax 0261 / 394 953 37

Titel-Foto: Rainer Jensen, Fotolia

Satz und Layout

Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431 / 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck

Frank Druck GmbH + Co KG
Industriestraße 20, 24211 Preetz / Holstein

Bezugsbedingungen

MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich. Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadenersatz.

ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt: GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.



Informationsgemeinschaft
zur Feststellung der
Verbreitung von
Werbeträgern e. V. (IVW)



„Ich entscheide. Mit Herz und Hirn.“

Für die einen ist es Kopfsache. Für andere eine Frage des Gefühls. Wie auch immer Sie entscheiden: Halten Sie Ihre Entscheidung in einem Organspendeausweis fest. Das sorgt für Klarheit und hilft dabei, Leben zu retten.

Das trägt man heute:
den Organspendeausweis
www.organspende-info.de

Ralf Schmitz
Komiker und Schauspieler



Bundesministerium
für Gesundheit



Bundeszentrale
für
gesundheitliche
Aufklärung

Selbstständig^{er}.



Steigern Sie Ihr Potenzial. Mit Professional Class. Volkswagen für Selbstständige.

Ihr täglicher Antrieb sind maßgeschneiderte Lösungen, die Sie Ihren Kunden garantieren. Und genau das bieten wir Ihnen auch – mit Professional Class. Profitieren Sie von der attraktiven modellabhängigen Prämie und kommen Sie in den Genuss zahlreicher Vorteile beim GeschäftsfahrzeugLeasing. Das Plus zu Ihrem Leasingvertrag sind folgende komfortable Mobilitätsmodule:

- **Wartung & Verschleiß-Aktion**
- **KaskoSchutz**
- **HaftpflichtSchutz**
- **ReifenClever-Paket**
- **Europa Tank & Service Karte Bonus**

Professional Class Volkswagen für Selbstständige



Volkswagen

Wartung & Verschleiß-Aktion, KaskoSchutz, HaftpflichtSchutz (Leistungen gem. Bedingungen der HDI Versicherung AG), ReifenClever-Paket (verfügbar für ausgewählte Modelle), Europa Tank & Service Karte Bonus jeweils nur in Verbindung mit GeschäftsfahrzeugLeasing der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Str. 57, 38112 Braunschweig. Bonität vorausgesetzt. Prämie erhältlich bei nahezu jeder Neuwagenbestellung. Professional Class ist ein Angebot für alle Selbstständigen. Einzelheiten zur jeweils erforderlichen Legitimation erfahren Sie bei Ihrem teilnehmenden Volkswagen Partner. Abbildung zeigt Sonderausstattung gegen Mehrpreis.